



**SOZIALAUSGABEN UND STAATSHAUSHALT  
RECHTSRADIKALE UND POLITIK  
KÄMPFE IN DER OSTUKRAINE  
ENERGIEWIRTSCHAFT**

■ ANALYSE	
Sozialausgaben und Staatshaushalt in der Ukraine	
Die Herausforderungen der fiskalischen Konsolidierung	2
Von Gunter Deuber, Wien	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Sozialausgaben und Staatshaushalt	4
■ ANALYSE	
Entwicklungsperspektiven der rechtsradikalen Kräfte in der Ukraine	7
Von Anton Shekhovtsov, London	
■ ANALYSE	
Die Eskalation der Kämpfe im Donbass	11
Von Wojciech Konończuk und Andrzej Wilk unter Mitarbeit von Marek Menkiszak, Warschau	
■ DOKUMENTATION	
Stellungnahmen zur Eskalation der Kämpfe in der Ostukraine	13
■ DOKUMENTATION	
Erdgasimporte und Erdgasverbrauch	16
■ DOKUMENTATION	
Störfälle im Atomkraftwerk Saporishshja	18
■ CHRONIK	
8. Dezember 2014 – 25. Januar 2015	19



## Sozialausgaben und Staatshaushalt in der Ukraine

### Die Herausforderungen der fiskalischen Konsolidierung

Von Gunter Deuber, Wien

#### Sozialausgaben über 20 % des BIP

In der Ukraine sind die Sozialausgaben eine Schlüsselgröße für die Staatsfinanzen – wie in fast jedem vormals sozialistischem und/oder mitteleuropäischem Land. Die Sozialausgaben beliefen sich in den letzten Jahren regelmäßig auf 40–50 % der gesamten Staatsausgaben in der Ukraine. Da auch die Staatsausgaben insgesamt in Relation zur Wirtschaftskraft auf sehr hohem Niveau liegen – etwa bei 45 % des BIP – belaufen sich die Sozialausgaben in der Ukraine im langjährigen Schnitt auf etwas mehr als 20 % des BIP, wobei in den letzten Jahren der Trend ansteigend war.

Dieser Trend ist auf zwei Faktoren zurückzuführen: einerseits auf eine populistische Wirtschaftspolitik in den Jahren 2011 bis 2013 – mit deutlichen Steigerungen der nominalen Sozialausgaben über dem nominalen BIP-Wachstum – und andererseits auf die anschließende einschneidende Krise des Jahres 2014 mit einem erheblichen BIP-Rückgang.

Gesamtwirtschaftlich betrachtet bedeuten Sozialausgaben von über 20 % des BIP einen eher hohen Wert für ein Land mit dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand der Ukraine. Dabei ist zu beachten, dass der Zusammenhang zwischen Wohlstandsniveau und Anteil der Sozialausgabe am BIP bzw. der sog. Sozialleistungsquote klar belegt ist. So ist in Deutschland die Sozialleistungsquote bei steigendem Wohlstand von circa 18–19 % des BIP in den 1960er und 1970er Jahren bis auf 25–27 % in den 2010er Jahren gestiegen. Ausgehend von dieser Logik wäre zu erwarten, dass die Sozialausgaben in der Ukraine etwa bei 12–17 % des BIP liegen sollten. In Russland, das vergleichbare und teils nicht reformierte Erblasten im Sozialsystem hat wie die Ukraine, liegt die Sozialleistungsquote nur bei 12–15 % des BIP. In anderen aufstrebenden Ländern – ohne sozialistische Vorgeschichte – liegen die Sozialausgaben in Relation zum BIP oftmals sogar im einstelligen Prozentbereich.

Tendenziell gilt zudem, dass vor allem Staaten wie die Ukraine mit hohen (Re-)Finanzierungskosten auf eine eher niedrige Sozialleistungsquote abzielen sollten. Denn mit hohen Sozialleistungsquoten gehen auch implizite langfristige finanzielle Verpflichtungen einher und traditionell haben Länder mit höheren Zinszahlungen (und daher höheren Zinsänderungsrisiken) höhere implizite Risiken in ihren Sozialleistungssystemen.

Außerdem ist zu beachten, dass in der Ukraine weitere offizielle staatliche Ausgabeposten, wie etwa all-

gemeine Subventionen an den Unternehmenssektor und vor allem auch die Defizite des Energieversorgers Naftohaz, mittelbare oder unmittelbare sozialpolitische Effekte haben (zusätzliche sozialpolitische Effekte noch indirekterer Natur über weitere Staatsunternehmen werden hier nicht berücksichtigt). Wenn man diese beiden Größen zu den offiziell ausgewiesenen Sozialausgaben dazurechnet, dann liegen die Sozialausgaben in der Ukraine effektiv bei fast 30 % der Wirtschaftsleistung – was in etwa der relativen Bedeutung der Sozialausgaben in kontinental- oder nordeuropäischen Ländern mit besonders hohen Sozialleistungsquoten (wie etwa Belgien, Dänemark, Finnland oder Frankreich) entspricht.

#### Volkswirtschaftliche Folgen immens

Das hohe Niveau der Sozialausgaben in der Ukraine ist insofern ein gesamtwirtschaftliches Problem, da Staatsausgaben selbstredend einer Finanzierung bedürfen. Letztere kann durch Staatseinnahmen oder die Aufnahmen von Schulden erfolgen. Angesichts der hohen allgemeinen Staatsausgaben liegen auch die Staatseinnahmen in der Ukraine bei deutlich über 40 % des BIP. Damit absorbiert der Staat viel an potenziell vorhandenen Mitteln zur Ersparnisbildung. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass es in der Ukraine ein chronisches Problem der Ersparnisbildung gibt und der Staat sowie das Land insgesamt fortwährend auf externe Finanzierung angewiesen sind.

Zumal im Sinne der langfristigen makroökonomischen Stabilität zu betonen ist, dass auf die Ukraine – wie auf viele andere west- und mitteleuropäische Länder – durch die rapide Alterung der Gesellschaft zukünftig noch erhebliche zusätzliche finanzielle Lasten im Sozialbereich zukommen, aber das Land die Staatseinnahmen angesichts bereits hoher Ausgaben- und Einnahmenniveaus kaum noch hochfahren kann und Schuldenfinanzierung auf absehbare Zeit teuer bzw. kaum möglich sein wird.

In Bezug auf die Struktur der Sozialausgaben in der Ukraine ist zudem zu beachten, dass diese in besonderer Weise von den Rentenzahlungen beeinflusst werden. Die Ukraine hatte schon zu Ende der Sowjetunion jährliche Rentenverpflichtungen von 18 % des BIP. Die Rentenzahlungen betragen im Schnitt der letzten Jahre etwa 15–17 % des BIP bzw. 55–70 % der Sozialausgaben. In vergleichbaren Ländern liegt dagegen der Anteil

der Rentenzahlungen eher bei 30 % bis maximal 50 % der Sozialausgaben.

Eine nachhaltige Rückführung der Staats- und Sozialausgaben in der Ukraine muss daher vor allem am beträchtlichen Posten der Rentenzahlungen, und hier v. a. der Sonderrenten für einzelne bzw. spezielle Berufsgruppen, ansetzen. Letzteres ist keine neue Erkenntnis und fast alle ukrainischen Regierungen haben in den letzten Jahren angekündigt die Staats- und Sozialausgaben (und damit implizit auch die Steuerlast) mittelfristig zurückzuführen. Allerdings gab es bis dato nicht den politischen Willen bzw. nicht die politische Legitimität, um diese Ausgaben und v. a. das Rentensystem nachhaltig zu reformieren.

Bisherige Reformen bei den Renten und Sozialausgaben haben eindeutig keine nachhaltige Rückführung der Rentenzahlungen und Sozialleistungen in Relation zur Wirtschaftskraft erreicht. Bisherige Sparmaßnahmen – mit einem vorübergehenden Absinken der Staatsschuldenquote und einem leichten Rückgang der Sozialleistungsquote – wurden v. a. in Zeiten eines extrem hohen und nicht nachhaltigen Wachstums der Wirtschaft erreicht. Wobei selbst in solchen Phasen, wie etwa in den Jahren von 2003–2007, gesamtwirtschaftlich gesehen die Fiskalpolitik allgemein und v. a. auch die Entwicklung der Sozialausgaben noch zu prozyklisch waren. So sind die nominalen Sozialausgaben in den Jahren 2003–2007 fast doppelt so stark gestiegen wie das nominale BIP.

### **Moderate Kürzung bewirkt soziale Härten**

Die derzeitigen Sanierungsplanungen des IWF für die Ukraine sehen gesamtwirtschaftlich betrachtet nur moderate Kürzungen im Sozialbereich vor. Gemäß den Planungen im laufenden IWF-Abkommen sollen die Sozialausgaben bis Ende 2016 auf etwa 21 % des BIP gesenkt werden – von etwa 24 % des BIP in der Spitze in 2013/2014. Die beabsichtigte eher moderate Rückführung der Sozialausgaben macht kurzfristig Sinn. Denn normalerweise steigen die Sozialausgaben in wirtschaftlichen Schwächephasen an. Zudem sollen die geplanten Kürzungen vor allem im Bereich der Renten erfolgen, die allgemeinen Sozialausgaben sollen hingegen konstant bleiben. Eine Schwankung der Sozialleistungsquote um etwa 2 Prozentpunkte bedeutet so nicht unbedingt tiefe strukturelle Sanierung.

Die auf dem Papier moderate Kürzung der Sozialausgaben in einer abstrakten Größe gerechnet – wie der Relation zum BIP – verleitet allerdings dazu, die damit verbundenen Probleme zu unterschätzen. Denn nach einer Stagnation bzw. einer leichten nominalen Kürzung der Sozialausgaben in 2014 – bei einer Inflationsrate von etwa 25 %, was eine erhebliche reale Kürzungen

impliziert – sollen die Sozialausgaben voraussichtlich noch zwei weitere Jahre deutlich hinter der hohen Inflation zurückbleiben und damit real gesehen weiter fallen. Zudem ist zu beachten, dass die Sozialausgaben eingerechnet das Naftohaz-Defizit von knapp 29–30 % des BIP bis 2016 auf 24–25 % des BIP absinken sollen, was ebenfalls erhebliche sozialpolitische Implikationen haben wird. Dies gerade auch für die Bezieher von Renten.

Die geplanten moderaten Kürzungen der Sozialleistungen in den Jahren 2015 und 2016 bedeuten trotz ihrer schweren Folgen aber gleichzeitig auch einen weiterhin hohen langfristigen Kostendruck im Sozialbereich. Eine nachhaltige Konsolidierung lässt sich nur im Rahmen einer effektiven mittelfristigen Budget- und Finanzplanung realisieren, die mittelfristige Konjunkturreffekte auch entgegen kurzfristiger politischer Versuchungen, hinreichend berücksichtigt.

In der Vergangenheit hat die Fiskalpolitik in der Ukraine oftmals viel zu prozyklisch agiert, fiskalische Ziele wurden kurzfristig, mehrmals jährlich revidiert und gerade die Sozialausgaben sind hier oftmals deutlich stärker angestiegen als es durch Inflations- und Produktivitätsentwicklungen gerechtfertigt gewesen wäre. Letzteres hat angesichts der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Sozialausgaben in der Ukraine eindeutig zur aktuellen prekären makrofinanziellen Situation beigetragen.

### **Politische Implikationen**

Eine langfristig angelegte Rückführung der Sozialleistungsquote in der Ukraine erscheint angesichts ihres aktuell relativ hohen Niveaus erforderlich. Dabei darf nicht vergessen werden, dass eine sehr hohe Sozialleistungsquote gerade auch in einem institutionellen Umfeld wie der Ukraine eine immense politische Verantwortung mit sich bringt. Mit finanziellen Mitteln bzw. Umschichtungen im Wert von ca. 20–30 % des BIP besteht, trotz gegebenenfalls hehrer politischer Absichten, erheblicher Spielraum für Vetternwirtschaft und Missbrauch. Und da die durchgreifenden institutionellen Reformen in der Ukraine zur Verbesserung der Governance im öffentlichen Sektor sicher ein sehr langatmiger Prozess sein werden, impliziert eine Reduktion der staatlichen Umverteilung daher Missbrauchspotenzial.

Eine deutliche Rückführung der Sozialausgaben bzw. Sozialleistungsquote ist politisch gesehen allerdings immer ein schwieriges Unterfangen und Reformblockaden in Staaten mit hohen Sozialleistungsquoten spiegeln immer auch politische Blockaden bzw. den Einfluss wichtiger Vetogruppen (wie etwa der Rentner) wieder.

Allerdings besteht in den kommenden Jahren in der Ukraine die Chance zur Reformierung ohne zu große Legitimitätsdefizite. Denn in gewisser Weise bildet die hohe Sozialleistungsquote eben die Verfehlungen der bisher eher missglückten wirtschaftlichen und politischen Transformation ab.

Dabei ist es aber wichtig auf Ausgewogenheit bei der Rückführung der Sozialleistungen zu achten. Insbesondere da es derzeit einige sehr radikale bzw. marktliberale Kräfte in der neuen Regierung gibt, die teils einen stark ausgeprägten angelsächsischen Hintergrund haben und durchaus die Staatsausgaben kurzfristig auf

35 % des BIP reduzieren wollen. Solch eine »Schocktherapie« würde massivste Kürzungen im Bereich der Sozialausgaben und der Beschäftigung im öffentlichen Sektor implizieren.

Mit solch einer Strategie würden die anstehenden durchgreifenden politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Reformen in der Ukraine, auch angesichts der tiefen sozioökonomischen und politischen Spaltung innerhalb der Gesellschaft, allerdings in den kommenden Jahren eher heftigen Gegenwind in Form einer Systemnostalgie bekommen.

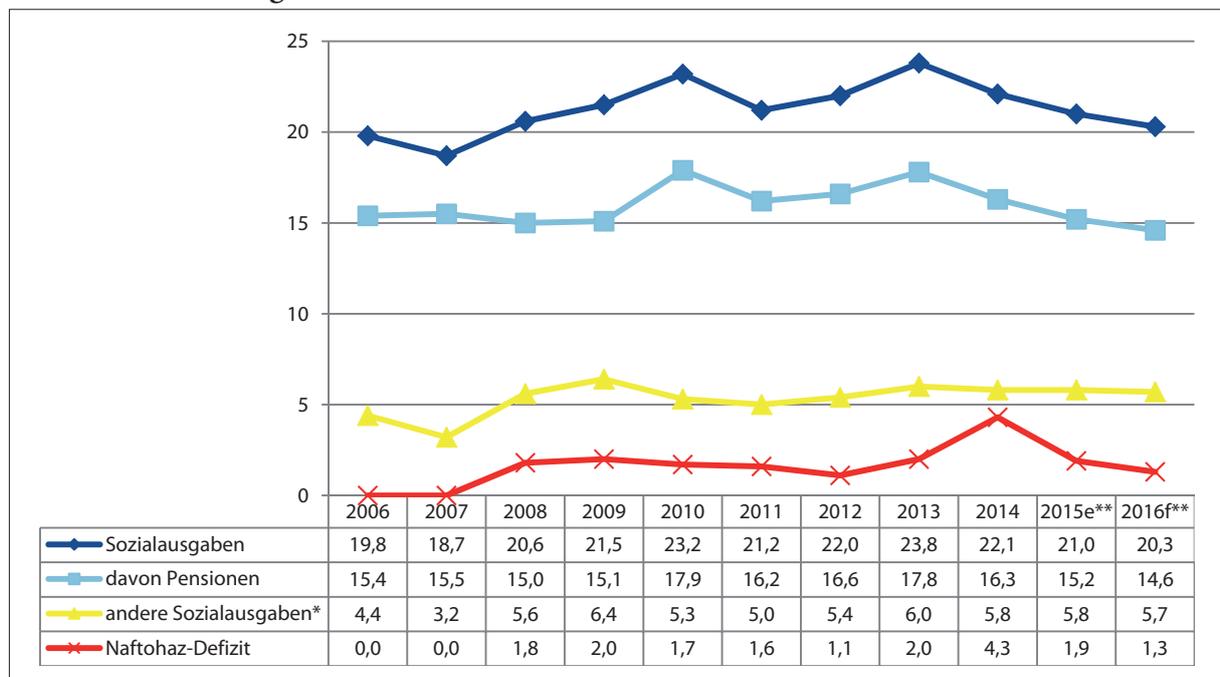
#### Über den Autor

Gunter Deuber leitet die volkswirtschaftliche Osteuropa- und Bankensektoranalyse bei der Raiffeisen Bank International AG, über die Raiffeisen Bank Aval eine der größten Banken in der Ukraine bzw. die größte westliche Auslandsbank in der Ukraine, mit Stammsitz in Wien. Der vorliegende Beitrag repräsentiert die persönliche Auffassung des Autors und nicht notwendigerweise die der Raiffeisen Bank International.

## TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

### Sozialausgaben und Staatshaushalt

Grafik 1: Sozialausgaben der Ukraine 2006–2016 (als % des BIP)

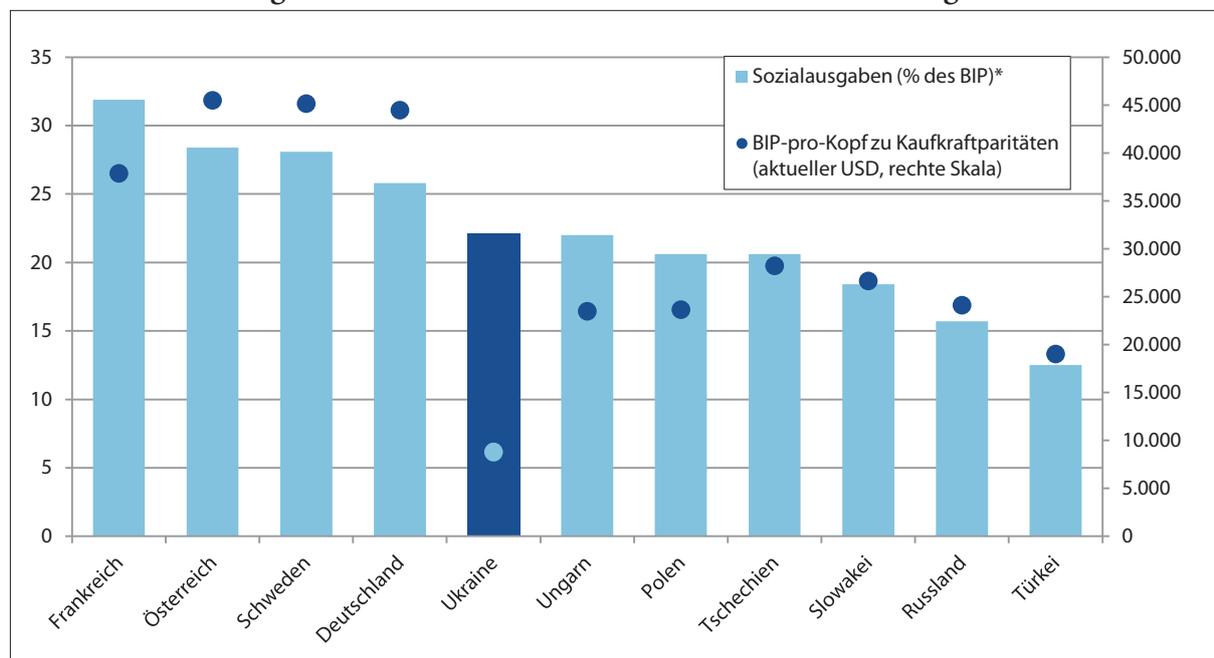


\* Gemäß Budget sowie Sozialversicherungen

\*\* Projektionen gemäß dem aktuellen Stabilisierungsprogramm mit dem IWF

Quelle: nationale Quellen, IWF, Raiffeisen RESEARCH

Grafik 2: Sozialausgaben und Wohlstandsniveau im internationalen Vergleich



Zugrundeliegende Daten: siehe Tabelle 1; \* letzter verfügbarer Wert 2013 oder 2014

Quelle: nationale Quellen, OECD, Eurostat, Raiffeisen RESEARCH

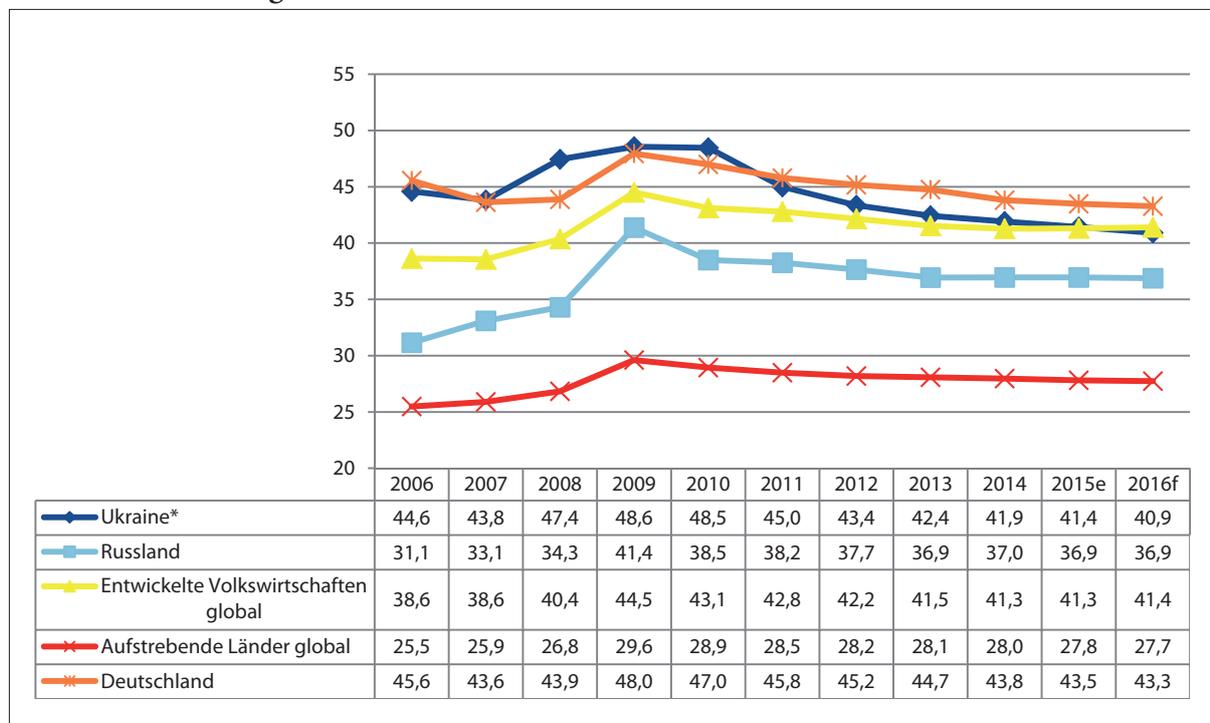
Tabelle 1: Sozialausgaben und Wohlstandsniveau im internationalen Vergleich

	Sozialausgaben (% des BIP)*	BIP-pro-Kopf zu Kaufkraftparitäten (aktueller USD, rechte Skala)
Frankreich	31,9	37.872
Österreich	28,4	45.493
Schweden	28,1	45.148
Deutschland	25,8	44.469
<b>Ukraine</b>	<b>22,1</b>	<b>8.790</b>
Ungarn	22,0	23.482
Polen	20,6	23.649
Tschechien	20,6	28.224
Slowakei	18,4	26.643
Russland	15,7	24.114
Türkei	12,5	19.020

Siehe auch Grafik 2; \* letzter verfügbarer Wert 2013 oder 2014

Quelle: nationale Quellen, OECD, Eurostat, Raiffeisen RESEARCH

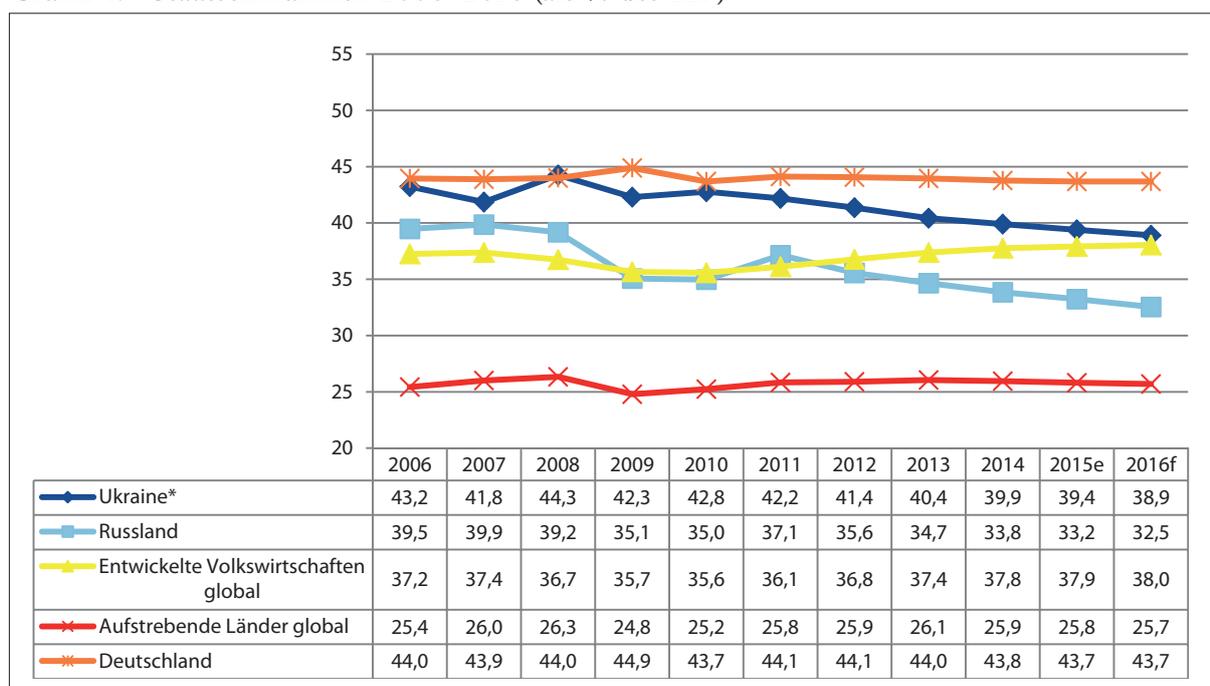
Grafik 3: Staatsausgaben 2006–2016 (als % des BIP)



\* Projektionen gemäß dem aktuellen Stabilisierungsprogramm mit dem IWF

Quelle: nationale Quellen, IWF, Eurostat, Raiffeisen RESEARCH

Grafik 4: Staatseinnahmen 2006–2016 (als % des BIP)



\* Projektionen gemäß dem aktuellen Stabilisierungsprogramm mit dem IWF

Quelle: nationale Quellen, IWF, Eurostat, Raiffeisen RESEARCH

## Entwicklungsperspektiven der rechtsradikalen Kräfte in der Ukraine

Von Anton Shekhovtsov, London

### Zusammenfassung

Dieser Artikel betrachtet die Entwicklungen in der ukrainischen rechtsradikalen Szene nach der Revolution, die im Winter 2014 den damaligen Präsidenten Wiktor Janukowitsch aus dem Amt entfernte. Der Autor diskutiert die Gründe für die Wahlniederlage der beiden rechtsradikalen Parteien, die an den jüngsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen teilgenommen haben, und stellt fest, dass diese Niederlagen nicht das »Ende der Geschichte« der ukrainischen Rechtsradikalen markieren. Im Gegenteil: Einige andere rechtsradikale Organisationen, die in der Vergangenheit in großem Stil in illegale Aktivitäten und Korruption verwickelt waren, haben in ihrem Kampf gegen eine liberale Demokratie in der Ukraine möglicherweise eine bessere Strategie entdeckt.

### Einleitung

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Ukraine, die im Mai bzw. Oktober 2014 stattgefunden haben, gingen für die beiden parteipolitisch organisierten rechtsradikalen Kräfte desaströs aus.

Oleh Tjahnybok, der Anführer der Allukrainischen Union Freiheit (Swoboda), erhielt bei der Präsidentschaftswahl 1,16 Prozent der Stimmen, während seine Partei bei der Parlamentswahl nur 4,71 Prozent holte und damit an der Fünfprozenthürde scheiterte. Zum Vergleich: 2012 hatte Swoboda 10,44 Prozent der Stimmen erhalten und die erste parlamentarische Fraktion einer rechtsradikalen Gruppierung in der Geschichte der Ukraine gebildet.

Dmitro Jarosch, der Anführer des Rechten Sektors, schaffte es bei der Präsidentschaftswahl auf einen Stimmanteil von 0,70 Prozent. 1,80 Prozent der Wähler unterstützten seine Partei bei der Parlamentswahl. Der Rechte Sektor kann allerdings nur vorläufig als rechtsradikale Partei angesehen werden; nationalkonservativ wäre der vielleicht passendere und zugleich ein vorsichtigerer Begriff, denn anders als Swoboda fasst der Rechte Sektor die ukrainische Nation eher mit bürgerlichen als mit ethnischen Begriffen. So bestand Jaroschs Wahlprogramm sogar darauf, dass Menschenwürde und Menschenrechte die grundlegenden Werte einer neuen ukrainischen Verfassung sein sollten.

### Schwäche rechtsradikaler Parteien

Tjahnyboks und Jaroschs Misserfolge bei der Präsidentschaftswahl hatten mit ihrer eigenen politischen Beliebtheit allerdings wenig zu tun. Nach der russischen Annexion der Krim und der Invasion in der Ostukraine war das Wahlverhalten der ukrainischen Bevölkerung bei der Präsidentschaftswahl in hohem Maße taktisch. Die Wähler haben den zum Zeitpunkt der Präsidentschaftswahlen beliebtesten Kandidaten, Petro Poroschenko, unterstützt, weil es ihnen wichtig war, schon im ersten Wahlgang einen neuen Präsidenten zu wählen, damit dieser sich

auf die Antiterrorkampagne im Osten des Landes konzentrieren konnte. Diese Einstellung schadete allen anderen Kandidaten, auch Tjahnybok und Jarosch.

Das erfolglose Abschneiden von Swoboda und Rechem Sektor bei der Parlamentswahl erfordert jedoch eine ausführlichere Erklärung. Natürlich spielte bei der Parlamentswahl auch die taktische Stimmabgabe eine Rolle: Aus den veröffentlichten Meinungsumfragen war nicht absehbar, ob Swoboda die Prozenzhürde überwinden würde, und viele Wähler wollten ihre Stimme wohl nicht »verschwenden«. Gleichzeitig war die Beliebtheit des Rechten Sektors so gering, dass einige Meinungsforschungsinstitute ihn nicht einmal in ihrer Umfrage aufführten. Dennoch können taktische Stimmabgaben die Erfolglosigkeit der Rechtsradikalen nicht vollständig erklären.

Warum scheiterten die Rechtsradikalen, vor allem Swoboda, bei der Parlamentswahl? Erstens ist Swobodas Beliebtheit bereits seit Anfang 2013 zurückgegangen, als ihre bisherigen Unterstützer immer unzufriedener mit der parlamentarischen Arbeit der Partei wurden. Zweitens spaltete das Antreten von Swoboda und Rechem Sektor die nationalistischen Stimmen; Swoboda schadete dies am stärksten, denn einige Unterstützer liefen zum Rechten Sektor über. Drittens war Swobodas Erfolg im Jahr 2012 der Erfolg derjenigen politischen Kraft, die als radikalste Opposition zum damaligen Präsidenten Janukowitsch gesehen wurde. Swoboda war zu weiten Teilen eine »Anti-Janukowitsch-Partei«; mit Janukowitschs Abgang verlor die Partei ihre größte negative Mobilisierungsquelle. Viertens galt Swoboda 2012 auch als fast die einzige patriotische Partei. Da aber die russische Invasion alle demokratischen ukrainischen Parteien zum Gebrauch patriotischer Rhetorik veranlasste, verlor Swoboda das »Monopol« auf Patriotismus. Zusätzlich vergraulten fragwürdiges Verhalten und dubiose Aktivitäten hochrangiger Swoboda-Vertreter im Frühjahr und Sommer 2014 (darunter Minister in Arsenij Jazenjuks provisorischem Kabinett) viele ehemalige Unterstützer.

Der Misserfolg von Swoboda und Rechem Sektor bei den Wahlen markiert jedoch nicht »das Ende der Geschichte« der ukrainischen Rechtsradikalen. Einige andere Entwicklungen erwiesen sich als deutlich problematischer. Bevor sie diskutiert werden, ist es aber wichtig zu verstehen, wie einige rechtsradikale Gruppen in der Ukraine funktionieren.

### Illegale Geschäfte

Seit den 1990er Jahren können rechtsradikale ukrainische Aktivisten – genauso wie Aktivisten anderer politischer Bewegungen – anhand zweier stark verallgemeinerter und sich dennoch mitunter überschneidender Kategorien unterschieden werden: »Romantiker« und »Pragmatiker«. »Romantiker« nehmen ihre politischen Überzeugungen ernst, sind bereit, Zeit und Energie für die Sache zu opfern, und arbeiten ehrenamtlich in Vollzeit für ihre politischen Organisationen. »Pragmatiker« können durchaus auch von echten Überzeugungen für ihre politische Sache motiviert sein, ihre oberste Priorität ist es aber immer, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen.

Der »Romantiker-Pragmatiker«-Doppelcharakter der rechtsradikalen Bewegung bestimmt häufig ihre verborgene Agenda: Werbung und Kampf für eine politische Sache gehen mit Aktivitäten einher, die Geld einbringen, für die Politik aber nicht unbedingt relevant sind. Meist führen »Pragmatiker« die rechtsradikalen Organisationen an und verwandeln sie in Unternehmen mit einer »romantischen« Basis aus niedrig oder überhaupt nicht bezahlten Angestellten oder Praktikanten. In dieser Hinsicht sind rechtsradikale Organisationen wirtschaftliche Projekte, die verschiedene Anstellungsverhältnisse anbieten.

Als politische Parteien bieten rechtsradikale Organisationen hauptsächlich drei Dienstleistungen an. Erstens können mächtigere politische Akteure (in der Regel Amtsinhaber) sie als »Vogelscheuchen« oder Beleg eines »größeren Übels« engagieren, um eine größere Zustimmung für sich zu erreichen, indem sie sich als »kleineres Übel« präsentieren. Zweitens sind rechtsradikale Parteien trotz ihrer sehr begrenzten Erfolgchancen auf jeder Ebene berechtigt, Vertreter in Wahlkommissionen zu entsenden. Dadurch können sie finanzielle Gewinne generieren: entweder indem sie ihren Sitz in der Wahlkommission an Vertreter anderer Parteien abtreten oder indem sie sich zugunsten beliebiger Kandidaten an Wahlbetrug beteiligen. Drittens können mächtigere politische Akteure rechtsradikale Parteien fördern, indem sie beispielsweise verdeckt in deren Kampagnen investieren, um Konkurrenten, vor allem innerhalb des rechten Mainstreams, zu schwächen oder zu unterminieren.

Ins Parlament gewählte oder als Minister an der Regierung beteiligte rechtsradikale Politiker können sich natürlich an den zahlreichen Korruptionsmodel-

len beteiligen, die auch Vertretern anderer politischer Kräfte zur Verfügung stehen.

Das Spektrum der Dienstleistungen, die die Rechtsradikalen über soziale Organisationen oder Kleinstgruppen anbieten können, ist sogar breiter als das der rechtsradikalen politischen Parteien, wobei ihr Ertrag niedriger ist als der der Parteien. Die meisten Dienstleistungen der Rechtsradikalen können in vier sich wiederum häufig überlappende Kategorien unterteilt werden: »illegale ökonomische Entwicklungen«, »Schutz und Sicherheit«, »Scheinproteste« und »Gewalt«.

Erstens werden rechtsradikale Aktivisten manchmal als starke Männer zur Unterstützung illegaler feindlicher Übernahmen von Unternehmen angeheuert. In der Ukraine finden bisweilen extralegale Neuverteilungen von Gewinn, Eigentum, Geschäften und Reichtümern statt und gesetzliche Regelungen werden vom Recht des Stärkeren verdrängt. Rechtsradikale Aktivisten praktizieren oft Kampfkünste und sind daher nützlich, wenn eingebrochen oder bestimmte Unternehmen bzw. Büros besetzt werden sollen. Meist sind solche Aktivitäten nicht ideologischer Natur. Ideologie kann jedoch durchaus auch ein Mobilisierungsfaktor sein, wenn etwa eine rechtsradikale Gruppe angeheuert wird, um ein Unternehmen von Menschen nichtslawischen Ursprungs vom Markt zu vertreiben. Zur Mobilisierung ihrer Basis für solche Operationen stellen die eine rechtsradikale Gruppe leitenden »Pragmatiker« die Operation etwa als Teil eines »heiligen Rassenkriegs« dar, obwohl die tatsächliche Ursache für die Vertreibung des Unternehmens vom Markt nichts mit Ethnien zu tun hat.

Zweitens können einige rechtsradikale Gruppen als kriminelle Gangs bezeichnet werden, die Schutzgelderpressung betreiben. Zum einen bieten rechtsradikale Aktivisten an, ein Geschäft gegen eine reale Bedrohung zu schützen, etwa eine illegale Übernahme oder aggressive Wettbewerber. Zum anderen drohen die Rechtsradikalen bei der Schutzgelderpressung, ein Unternehmen anzugreifen, sollte es das Schutzgeld verweigern.

Drittens – dieser Punkt ähnelt der Schutzgelderpressung – organisieren Rechtsradikale zuweilen Proteste gegen politische, soziale oder kulturelle Entwicklungen oder Veranstaltungen oder drohen damit, um Geld für einen Verzicht auf solche Proteste zu erpressen. Immobilienentwickler berücksichtigen beispielsweise nicht immer die Ansichten benachbarter Hausbesitzer; diese organisieren dann schwache Proteste, die von einer rechtsradikalen Gruppe »gekapert« werden. Ein starker begründeter Protest hat durchaus das Potential, ein Bauprojekt zu stoppen und große finanzielle Verluste zu verursachen, so dass Bauunternehmen bereit sein können, rechtsradikalen Gruppen Abfindungen zu zahlen – als Gegenleistung für deren Rückzug aus Protesten. In ähn-

licher Manier kann eine rechtsradikale Gruppe drohen, ein Konzert oder einen »unpatriotischen« Sänger zu blockieren oder eine Veranstaltung sozialer oder kultureller Minderheiten zu stören, um von den Veranstaltern der Veranstaltung Geld zu erpressen.

Viertens können rechtsradikale Aktivisten für Gewaltakte gegen politische Gegner angeheuert werden, ohne dass die Verbindung zum Auftraggeber bekannt wird. Meist sind die Auftraggeber Amtsinhaber, die an der Beendigung von oppositionellen Protesten oder Demonstrationen interessiert sind, die das Potential haben, sie ernsthaft herauszufordern. Die Gewalt findet entweder direkt statt, in Form physischer Angriffe, oder vermittelt. Ist letzteres der Fall, infiltrieren rechtsradikale Aktivisten die Proteste, ohne ihre politische Anbindung und ihre Auftraggeber offenzulegen, und radikalieren sie so weit, dass eine polizeiliche Aktion gegen den gesamten Protest legitim wird. In der Regel attackieren die rechtsradikalen Aktivisten die Polizei, um so den Einsatz von Gewalt gegen die eigentlichen Protestierenden zu provozieren.

Es ist wichtig festzuhalten, dass sämtliche der beschriebenen Aktivitäten weder auf das rechtsradikale Milieu noch auf den ukrainischen Kontext begrenzt sind. Zudem sind nicht notwendig alle rechtsradikalen ukrainischen Parteien und Gruppen an den hier kurz beschriebenen hochgradig illegalen Aktivitäten beteiligt und die rechtsradikalen Aktivisten, die tatsächlich an ihnen beteiligt sind, repräsentieren nicht notwendigerweise Organisationen, die nicht auch genuine politische Ziele haben. Es stimmt, dass es einigen rechtsradikalen Organisationen nur darum geht, Geld zu verdienen. In der Regel dient die Geldbeschaffung aber dem Kampf für eine politische Sache.

### Rechtsextreme Netzwerke in die Politik

Die jüngsten Entwicklungen in der Ukraine, die vom Aufstieg der ehemals undurchsichtigen Neonaziorganisation Patrioten der Ukraine (PU) unter der Führung von Andriy Biletsky geprägt sind, können aus rein politischer Perspektive betrachtet werden. Sie können jedoch nicht zur Gänze verstanden werden, ohne die oben erwähnten Aktivitäten einiger rechtsextremer Organisationen in der Ukraine zu berücksichtigen.

Die politische Perspektive ist folgende: Wie auch einige andere Anführer der PU hat Biletsky nicht an der Revolution von 2014 teilgenommen, weil er seit Ende 2011 aufgrund einer Anklage wegen versuchten Mordes im Gefängnis saß. Biletsky und seine Verbündeten wurden kurz nach Janukowitschs Amtsenthebung als »politische Gefangene« freigelassen. Später wurde die PU das Herz des Asow-Bataillons, einer vom Innenministerium unter Arsen Awakow geführten Freiwilligenabteilung. Von Beginn an verwendete sie Symbole wie die

»Wolfsangel« und die »Schwarze Sonne«, die im Nachkriegseuropa mit Neonazibewegungen assoziiert werden.

Innenminister Awakow, ein Mitglied von Jazenuks Volksfront-Partei, beförderte seinen Kommandeur Biletsky im August 2014 in den Rang eines polizeilichen Oberstleutnants. Die Volksfront nahm Biletsky außerdem in ihren Rat für Militärfragen auf und plante anscheinend, seine Kandidatur bei der Parlamentswahl offiziell zu unterstützen. Widerstand von Vertretern nationaler Minderheiten und der ukrainischen Expertengemeinschaft zwang die Volksfront jedoch, ihre Entscheidung zu überdenken. Sie unterstützte Biletsky inoffiziell aber weiterhin – besonders Awakow und sein Berater Anton Geraschenko – und Biletsky wurde über ein Kiewer Direktmandat ins Parlament gewählt. Nach den Wahlen ernannte Awakow mit Wadim Trojan einen stellvertretenden Kommandeur des Asow-Bataillons und ein führendes PU-Mitglied zum Polizeichef der Region Kiew.

Die politische Perspektive wirft beunruhigende Fragen auf: Warum haben die Ukrainer einen Neonazi ins Parlament gewählt? Warum hat der Innenminister die Anführer der Neonaziorganisation befördert?

Die erste Frage kann noch innerhalb des politischen Kontexts beantwortet werden. Bileskys neonazistische Ansichten und seine Führungsrolle in der PU spielten keine Rolle für seinen Sieg. Er wurde vor allem aus drei Gründen ins Parlament gewählt: erstens weil er Kommandeur eines Freiwilligenbataillons war, das die Ukraine gegen (pro-)russische Extremisten in der Ostukraine verteidigt hat; zweitens weil er als fast der einzige Vertreter der siegreichen Maidan-Bewegung in diesem Wahlbezirk galt, obwohl er – was in der Öffentlichkeit nicht sehr bekannt war – an der Revolution gar nicht beteiligt war; und drittens weil sein größter Konkurrent ein Vertreter des alten Regimes unter Janukowitsch war.

Der politische Rahmen versagt allerdings, wenn es um eine Erklärung dafür geht, dass der Innenminister die Führung der Patrioten der Ukraine unterstützt hat, denn weder Awakow noch Geraschenko sind Neonazis. Die Erklärung scheint in der Vergangenheit und im düsteren Erbe einer Vetternwirtschaft zu liegen.

Awakow, Biletsky und Trojan kommen alle aus der Region Charkiw und kennen sich mindestens seit 2009/10, als Awakow dort noch Gouverneur war. Die PU war in einige illegale Aktivitäten der oben beschriebenen Art verwickelt. 2010 besetzten PU-Aktivisten unter der Führung von Trojan vier Dutzend neue Kioske in Charkiw – laut Medienberichten zugunsten von Andriy Liphansky, der ein Geschäftspartner Awakows war und während Awakows Amtszeit den Medien- und Informationsrat der Region leitete. Aus Medienberichten geht weiterhin hervor, dass Liphansky eine Turnhalle für das Training von PU-Aktivisten anmietete. Diese

stellten ihrerseits Personal sowohl für bezahlte Proteste als auch zum Schutz von Demonstrationen des Blocks Timoschenko in Charkiw zur Verfügung, dessen Regionalbüro Awakow leitete, nachdem er als Gouverneur der Region Charkiw entlassen worden war. Außerdem beteiligte sich ein Anführer der Charkiwer Fußball-Hooligans, der der PU nahe stand, an Awakows Wahlkampf um das Bürgermeisteramt.

Hinter der derzeitigen Verquickung führender PU-Politiker mit der ukrainischen Polizei scheint Awakows Vertrauen in die Organisation zu stehen, mit der er in der Vergangenheit zusammengearbeitet hat. Außerdem scheint Awakow an die persönliche Loyalität des PU-geführten Bataillons zu glauben, das er möglicherweise als »Privatarmee« einsetzt, um seine geschäftlichen und politischen Interessen zu schützen.

Die problematische Beziehung zwischen Innenministerium und Neonazis unterminiert die Glaubwürdigkeit der neugebildeten ukrainischen Regierung international wie auch im eigenen Land. Höchstwahrscheinlich hat Awakow Poroschenko vorgeschlagen, dem belarussischen Kämpfer des Asow-Bataillons Sergej Korotkich, der seit Ende der 1990er Jahre in Neonazibewegungen aktiv ist, die ukrainische Staatsbürgerschaft zu gewähren. Außerdem hat sich die Kiewer Polizei unter Awakow bereits als unfähig oder unwillig erwiesen, eine Anzahl faschistisch motivierter Verbrechen zu verfolgen. Im Juli haben rechtsextreme Schläger – die nicht unbedingt etwas mit der PU zu tun haben müssen – vier Schwarze in der U-Bahn, einen Schwulenclub und einen jüdischen Studenten in der Nähe einer Synagoge angegriffen. Die Polizei hat zwei Strafverfahren eröffnet, bislang allerdings noch niemanden angeklagt. Im September wurde Wasil Tscherepanin, der Leiter des Zentrums für Visuelle Kultur, zusammengeschlagen, allem Anschein nach von rechtsextremen Aktivisten. Auch bei der Untersuchung dieses Verbrechens versagte die Poli-

zei. Ebenso wenig ist sie willens, die Folter politischer Oppositioneller durch die Neonazigruppe C14 während der Revolution im Winter 2013/2014 zu untersuchen. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass die Infiltrierung der Polizei durch die extreme Rechte zur Effizienz ihrer Untersuchungen beiträgt – weder im Allgemeinen noch im Speziellen bei Hass-Verbrechen.

### Ausblick

Awakow mag das PU-geführte Bataillon als seine »Privatarmee« betrachten, doch weder für Asow noch für die gesamte PU ist die derzeitige Zusammenarbeit mit dem Innenministerium ein Selbstzweck. Die PU mag zwar von ihr profitieren, sie hat aber immer noch ihre eigene politische Agenda, die über diese Zusammenarbeit hinausgeht. Die PU hat außerdem begonnen auf ihrer Webseite Stellenangebote des ukrainischen Geheimdienstes anzuzeigen.

Eine fortschreitende Infiltrierung der ukrainischen Strafverfolgungsbehörden und anderer Staatsorgane durch die extreme Rechte wird wahrscheinlich zu folgenden Entwicklungen führen: Erstens erhöht die Verschmelzung von Polizei und Rechtsextremen, die unter anderem in illegale Aktivitäten verwickelt waren, die Korruptionsrisiken. Zweitens wird die Zunahme von Rechtsextremen in den Strafverfolgungsbehörden zu einer allmählichen Loslösung der PU aus dem persönlichen Schutz Awakows führen. Das wiederum wird es der PU erlauben unabhängig zu agieren.

Swoboda und der Rechte Sektor haben bei den Parlamentswahlen auf ganzer Linie verloren. Die Infiltrierung der Strafverfolgungsbehörden durch einige andere rechtsextreme Organisationen ist möglicherweise jedoch eine längerfristige und nachhaltigere Strategie im Kampf der rechtsextremen Kräfte gegen die nicht besonders stark etablierte liberale Demokratie in der Ukraine.

*Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt*

### Über den Autor

Anton Shekhovtsov ist Doktorand am University College London und Herausgeber der Buchreihe »Explorations of the Far Right« beim *ibidem*-Verlag. Sein zentraler Forschungsgegenstand ist anti-demokratische Politik in Europa. Er war als Forscher an wissenschaftlichen Institutionen in Österreich, Polen und Großbritannien.

### Lesetipps

- Anton Shekhovtsov, Andreas Umland: »Die ukrainische radikale Rechte, die europäische Integration und die neofaschistische Gefahr. Vergleichende Betrachtungen zum parteipolitischen Ultranationalismus in der Ukraine«, in: Ukraine-Analysen Nr. 133 (27.05.2014), S. 7–11 <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen133.pdf>>.
- Anton Shekhovtsov: »Der Rechte Sektor. Zwischen Polittechnologie, Politik und Straßenkampf«, in: Juri Andruchowycz (Hrsg.): Euromaidan – Was in der Ukraine auf dem Spiel steht (Berlin: Suhrkamp Verlag, 2014), S. 159–172.
- Anton Shekhovtsov: »Swoboda: Aufstieg und Fall einer Partei«, in: Transit: Europäische Revue, Nr. 45 (2014), S. 118–136.
- Anton Shekhovtsov, Andreas Umland: »Ukraine's Radical Right«, in: Journal of Democracy, Bd. 25, Nr. 3 (2014), S. 58–63.

## Die Eskalation der Kämpfe im Donbass<sup>1</sup>

Von Wojciech Konończuk und Andrzej Wilk unter Mitarbeit von Marek Menkiszak, Warschau

### Zusammenfassung

Seit dem 11. Januar 2015 gibt es im Donbass wieder regelmäßige Kämpfe zwischen Einheiten prorussischer Separatisten und den Truppen der ukrainischen Armee. Es sind die heftigsten Zusammenstöße seit dem Waffenstillstand im September 2014, ihr Zentrum ist der Flughafen von Donezk. Am 22. Januar waren die ukrainischen Truppen gezwungen, den völlig zerstörten neuen Terminal des Flughafens Donezk aufzugeben, was den vollständigen Verlust des Flughafens bedeutete, der zum Symbol der Begrenzung der separatistischen Bewegung in der Ostukraine geworden war. Regelmäßigen Artilleriebeschuss hat es auch in anderen Teilen des Donbass gegeben, unter anderem in der Nähe der Straßenkreuzung Debalzewo sowie bei Wolnowacha und Mariupol.

Die Intensivierung der Kämpfe im Donbass ist eine direkte Folge der Uneinigkeit der Parteien über die Abhaltung eines Friedensgipfels in Astana unter Beteiligung von Vertretern der politischen Führung der Ukraine, Russlands, Deutschlands und Frankreichs. Russland möchte – vor allem von Bundeskanzlerin Angela Merkel – die Zustimmung zu einer neuen Runde politischer Gespräche ohne Vorbedingungen erhalten. Moskaus Ziel bei einem solchen Treffen wäre es, Kiew dazu zu bringen, einer neuen Vereinbarung zuzustimmen, die das Minsker Abkommen ändert – dessen Kernpunkte Russland nicht erfüllt hat – und die den von den Separatisten kontrollierten Gebieten im Donbass ein hohes Maß an Autonomie garantiert.

### Erneuter Ausbruch der Kämpfe

Seit dem 11. Januar 2015 verstärkten die prorussischen Separatisten den Beschuss von Regierungskräften am Donezker Flughafen, der unter der teilweisen Kontrolle beider Parteien verblieben war; am 13. Januar wurde der Tower zerstört. Am selben Tag starben 13 Menschen, als in der Nähe von Wolnowacha beim Beschuss eines ukrainischen Postens ein Bus zerstört wurde. Weil die ukrainischen Streitkräfte ihre Positionen am Flughafen immer schlechter verteidigen konnten, führten sie am 17. Januar ihren ersten Angriff seit August aus. Dabei schafften sie es, zu dem von ihnen verteidigten Teil des Flughafens durch einen Korridor vorzudringen und mit der Evakuierung von Verwundeten zu beginnen, die dort schon mehrere Tage eingeschlossen gewesen waren. Anschließend weitete die ukrainische Armee das von ihr kontrollierte Gebiet durch den Einsatz einer Panzerkompanie aus. Heftige Angriffe der Separatisten, die den von den ukrainischen Truppen kontrollierten neuen Terminal fast vollständig zerstörten und auch Todesopfer forderten, zwangen die ukrainischen Elite-Einheiten am Morgen des 22. Januar, ihre Positionen am Flughafen Donezk aufzugeben.

Doch es gab nicht nur am Flughafen und in seiner unmittelbaren Umgebung Schusswechsel, sondern auch in anderen Regionen. Dabei konzentrierten sich die Kämpfe in der Region Donezk regelmäßig vor allem auf

Debalzewo und Mariupol und in der Region Luhansk auf Staniza Luganskaja und Schastje. Kiewer Angaben zufolge haben die ukrainischen Einheiten die im Minsker Abkommen vereinbarten Demarkationslinien nicht überschritten.

Die Anzahl der von den Krankenhäusern gemeldeten Verwundeten, zu denen in den letzten Tagen noch mindestens 200 ukrainische Soldaten (auch aus anderen Kampfgebieten) hinzugekommen sind, zeigen die Intensität der Kämpfe um den Flughafen. Die Zahl der Toten auf beiden Seiten ist wesentlich niedriger als vor Beginn des Waffenstillstands (täglich zwischen drei und acht, wobei die Angaben über die Verluste des Gegners auf beiden Seiten unzuverlässig sind), allerdings nähert sie sich dem Niveau des letzten Frühjahrs und der extremen Spannungsmomente an, die es während des Waffenstillstands gegeben hat.

Die ukrainische Regierung hat mit der ersten Mobilisierung dieses Jahres begonnen, sie umfasst 50.000 Reservisten; außerdem hat sie inzwischen bestätigt, dass auch Positionen der Separatisten in anderen Teilen des Donbass beschossen werden. Vereinzelt Schusswechsel, die in den letzten Tagen mehr oder weniger zum Dauerzustand wurden, gab es vor allem um Mariupol, in Orten nordwestlich von Luhansk (Schastje und Slowianoserbsk) und in Gorlowka, Debalzewo und Staniza Luganskaja.

### Scheitern der Vorbereitung des Astana-Gipfels

Die Zunahme der Aktivitäten der bewaffneten separatistischen Kräfte unter russischer Kontrolle erfolgte,

<sup>1</sup> Dieser Artikel ist die leicht gekürzte Fassung eines Artikels, den das Zentrum für Osteuropastudien (OSW) in Warschau am 21.1.2015 auf seiner Webseite veröffentlicht hat <<http://www.osw.waw.pl/print/22954>>. Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt für die Erlaubnis zum Nachdruck.

nachdem klar geworden war, dass die für den 15. Januar 2015 angesetzten Friedensverhandlungen in Astana im Rahmen des sogenannten Normandie-Formats (mit den Regierungschefs der Ukraine, Russlands, Deutschlands und Frankreichs) nicht stattfinden würden. In einem Telefonat mit Putin erklärte Kanzlerin Merkel, dass sie an dem Treffen ohne vorangegangene »konkrete Fortschritte« bei der Einhaltung des Minsker Abkommens durch die Separatisten nicht teilnehmen würde, und sie forderte Moskau auf, seinen Einfluss auf die Separatisten geltend zu machen. Diese Position wurde am 16. Januar in einem Telefongespräch zwischen Poroschenko und Merkel wiederholt; einer Presseerklärung der Präsidentsverwaltung Poroschenkos zufolge stimmten beide darin überein, dass der Rückzug von schweren Waffen und die Freilassung von Gefangenen »essentielle Bedingungen« für eine Wiederaufnahme des politischen Dialogs seien.

Andererseits gab das ukrainische Außenministerium nach dem Ausbruch der Kämpfe am 18. Januar in einer Stellungnahme bekannt, dass es die vollständige Umsetzung des Minsker Abkommens befürworte und dass damit die Bedingungen für eine Wiederaufnahme der Friedensgespräche auf der Ebene der Kontaktgruppe (mit Vertretern der Ukraine, Russlands, der OSZE und der Separatisten) und für einen Gipfel der Regierungschefs in Astana gegeben seien. Kiew schlug einen Waffenstillstand ab dem 19. Januar vor, was jedoch nicht angenommen wurde.

Das russische Außenministerium machte währenddessen die ukrainischen Streitkräfte für die erneuten Kämpfe verantwortlich und warf ihnen eine Sabotage des Kontaktgruppentreffens in Minsk vor. Gleichzeitig forderte Moskau einen vollständigen Waffenstillstand, die rasche Organisation eines Treffens der Kontaktgruppe sowie dass Kiew mit der Erarbeitung einer Verfassungsreform beginnt, die eine gleichberechtigte Teilhabe aller Regionen vorsieht.

### **Eskalation der Kämpfe als Instrument russischer Politik**

Anscheinend ist die Intensivierung der Kämpfe seit dem 10. Januar 2015 eine Folge des Scheiterns der Vorbereitungen für ein Gipfeltreffen in Astana. In dieser Situa-

tion ist die russische Führung wahrscheinlich zu dem Schluss gekommen, dass nur die Gefahr einer ernsthaften Eskalation des bewaffneten Konflikts, für die Kiew verantwortlich gemacht werden soll, aus der politischen Sackgasse führen und die EU (vor allem Deutschland) dazu bewegen kann, sich mit Russlands Nichterfüllung des Minsker Abkommens abzufinden. Entgegen seiner offiziellen Rhetorik hat Russland kein Interesse an einer vollen Umsetzung der Kernpunkte des Minsker Abkommens einschließlich des Rückzugs schwerer Waffen durch die Separatisten und der Einrichtung einer Sicherheitszone auf beiden Seiten der ukrainisch-russischen Grenze unter internationaler Aufsicht.

Russland will ein Gipfeltreffen ohne Vorbedingungen dazu nutzen, mit der Unterstützung westlicher Länder die ukrainische Regierung dazu zu bringen, in einen politischen Konsolidierungsprozess einzutreten. Dazu gehören Pläne zum Verfassungssystem der Ukraine, etwa eine garantierte Autonomie für den von den Separatisten kontrollierten Teil des Donbass. Das allmähliche Einfrieren des Konflikts im Donbass, das seit September beobachtet werden kann (als Kiew die Finanztransfers in die Region einstellte und sich die humanitäre Krise dort verschärfte), liegt nicht in Moskaus Interesse, denn es beschränkt den Spielraum, innerhalb dessen über den Donbass Druck auf Kiew ausgeübt werden kann.

Am 21. Januar 2015 trafen sich die Außenminister der Ukraine, Russlands, Deutschlands und Frankreichs in Berlin, um erste Schritte zur Organisation eines Treffens der Kontaktgruppe einzuleiten. In einer gemeinsamen Erklärung riefen die Minister aller beteiligten Seiten dazu auf, die nötigen Bedingungen für einen wirksamen Waffenstillstand, die Lieferung von Hilfsgütern und die Freilassung von Gefangenen zu erfüllen. Der Rückzug schwerer Waffen wurde nicht als Vorbedingung für einen Friedensgipfel genannt. Sollte es weiterhin keine Einigung über die Abhaltung eines Friedensgipfels auf höchster Regierungsebene geben, ist anzunehmen, dass die Separatisten die Kampfhandlungen weiter eskalieren werden.

*Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt*

#### *Über die Autoren:*

Wojciech Konończuk, Andrzej Wilk und Marek Menkiszak sind Mitarbeiter am Zentrum für Osteuropastudien (OSW) in Warschau; Wojciech Konończuk ist Leiter der Abteilung für die Ukraine, Belarus und Moldawien, Andrzej Wilk ist Senior Fellow für militärische Fragen und Marek Menkiszak ist Leiter der Abteilung für Russland.

## Stellungnahmen zur Eskalation der Kämpfe in der Ostukraine

### Presseerklärung von Amnesty International (19.1.2015)

#### Eastern Ukraine: Civilians dying and in grave danger as fighting escalates

An escalation in hostilities in eastern Ukraine since yesterday has resulted in the deaths of numerous civilians, including children, with many more lives in grave danger, Amnesty International said as it renewed its calls on both sides to protect civilians amid the fighting.

“The use of heavily populated areas for launching attacks by pro-Russian separatists in Donetsk and Horlivka and the return of fire into these areas by pro-Kyiv forces is putting civilian lives in great danger,” said Denis Krivosheev, Deputy Europe and Central Asia Programme Director at Amnesty International.

“Pro-Russian separatist forces must stop using densely populated areas for launching military operations and Kyiv-controlled forces must not launch indiscriminate attacks which put civilian lives at risk. These are violations of the laws of war for which civilians are paying with their lives.”

On 18 January, Ukrainian armed forces received orders to open heavy fire on pro-Russian separatist positions in eastern Ukraine in a push to retake full control of the contested Donetsk airport and surrounding areas. This followed an earlier ultimatum issued to them by the pro-Russian forces to leave the airport and their subsequent full-scale offensive against the Ukrainian forces’ positions there.

Videos posted on the internet by users in Donetsk show separatist forces launching volleys from “Grad” multiple launch rocket systems based inside residential areas in the city on the morning of 18 January.

Residents in pro-Russian separatist controlled Horlivka, 40 km north-east of Donetsk, told Amnesty International of similar cases of rockets being fired from the town centre. Shortly after one such instance on 18 January, artillery fire was returned by pro-Kyiv forces, killing at least two civilians.

According to a high-ranking local official, two brothers, aged seven and 16, were killed on 18 January after their house was hit directly in Vuhlehirsk, a town some 60 km north-east of Donetsk which is controlled by pro-Kyiv forces. A girl, aged eight, was wounded in the same attack and her leg was later amputated in the hospital.

Three people, including a father and his teenage son, died this morning (19 January) in Ukrainian-controlled Debaltseve, a key rail hub, after shelling by pro-Russian separatist forces. A total of 10 people were injured in the attack.

The escalation in fighting follows an artillery strike on a bus that killed 12 civilians and wounded 16 near Volnovakha on 13 January.

“The tragic artillery strike in Volnovakha serves as a grisly reminder of the price paid by the civilian population when the rules of international humanitarian law are disregarded during military operations. While the available evidence strongly suggests that the separatists fired the rocket which killed the bus passengers in Volnovakha, neither side is always doing what is required to protect civilians, which time and again leads to their deaths,” said Denis Krivosheev.

The use of populated areas for staging military operations and the use of imprecise explosive weapons in civilian neighbourhoods repeats a pattern seen by Amnesty International during research missions to eastern Ukraine in September, October and December 2014.

Amnesty International reiterates its call to urgently investigate all incidents involving civilian deaths as they could amount to violations of international humanitarian law (IHL). IHL prohibits attacks that target civilians and civilian structures, as well as attacks in civilian areas that cannot be directed at a specific military objective. Both sides in the conflict have violated the prohibition by relying on unguided mortars and rockets that cannot be aimed with any precision in highly populated civilian areas.

By basing troops, weaponry and other military targets in residential areas, separatists and Ukrainian government forces have failed to take all feasible precautions to protect civilians, endangering civilians in violation of the laws of war.

A nominal ceasefire was agreed in eastern Ukraine in September 2014, but upwards of 1,400 people, including many civilians, have been killed since then as both sides increasingly engage in tit-for-tat reprisals. In all, almost 5,000 people have died since the conflict broke out last year.

Quelle: <<http://www.amnesty.org/en/for-media/press-releases/eastern-ukraine-civilians-dying-and-grave-danger-fighting-escalates-2015-01>>

## Stellungnahme des Präsidenten der Donezker Volksrepublik (23.1.2015)

(inoffizielle Übersetzung der Meldung der Zentralen Nachrichtenagentur Neurusslands, Novorus)

### Sachartschenko über seine Angriffspläne und den Ausschluss von Waffenstillstandsverhandlungen mit Kiew

Der Vorsitzende der Donezker Volksrepublik, Alexander Sachartschenko, hat heute eine Erklärung abgegeben, der gemäß die DNR künftig keine Versuche mehr unternommen wird mit Kiew über irgendwelche Formen eines Waffenstillstands zu reden.

Nach den Worten von Alexander Sachartschenko besitzen die Versuche mit den Kiewer Machthabern einen Waffenstillstand zu vereinbaren keinen Sinn, wie die bisherige Praxis gezeigt hat. Jedwede Vereinbarungen werden von den ukrainischen Strafeinheiten sowieso verletzt, was zu neuen Opfern unter der Zivilbevölkerung führt.

Der Vorsitzende der DNR wird von [der russischen Nachrichtenagentur] RIA Novosti zitiert: Versuche über einen Waffenstillstand zu reden wird es von unserer Seite nicht mehr geben. Wir werden jetzt schauen, wie Kiew reagieren wird. Kiew versteht derzeit nicht, dass wir aus drei Richtungen gleichzeitig angreifen können.

Dabei erklärte Alexander Sachartschenko, dass Konsultationen nur zu Fragen eines Gefangenenaustausches geführt werden können.

Sachartschenko: Es wird Gefangenenaustausch geben, weil unsere Jungs, die sich in Gefangenschaft befinden – die müssen herausgeholt werden.

Der Vorsitzende der Donezker Volksrepublik erklärte, dass der Angriff bis über die Grenzen der Region Donezk hinausgehen wird: Wir greifen Awdeew, Otscheretino an. Die Lugansker Volksrepublik wird ebenfalls angreifen. Wir werden bis zu den Grenzen der Region Donezk vorrücken, aber falls ich eine Bedrohung sehen werde, auch aus anderen Richtungen, werden wir sie beseitigen.

Quelle: *Novorus (Zentrale Nachrichtenagentur Neurusslands)*, <<http://novorus.info/news/policy/32690-zaharchenko-obyavil-o-pla-nah-nastupleniya-i-o-tom-cto-peregovory-o-peremirii-s-kievom-isklyucheny.html>>

## Bericht der Speziellen Beobachtermission der OSZE zum 23.1.2015 (Auszug)

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 18:00 (Kyiv time), 23 January 2015

At the JCCC headquarters in government-controlled Debaltseve (55 km north-east of Donetsk) the Ukrainian Major-General, Head of the Ukrainian side to the JCCC, was present together with his officers. Officers of the Russian Federation Armed Forces were absent as they are currently in Soledar (77 km north of Donetsk, government-controlled), with “DPR” and “Lugansk People’s Republic” (“LPR”) members. [...] He also said that the most problematic areas in terms of security are Shchastiya (132 km north-east of Donetsk, government-controlled), Vesela Hora (131 km north-east of Donetsk, “LPR”-controlled), and Krymske (108 km north-east of Donetsk, government-controlled). According to the Major-General, intense fighting had also taken place in the area between the Donetsk airport and Avdiivka (14 km north-west of Donetsk, government-controlled).

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/136056>>

## Bericht der Speziellen Beobachtermission der OSZE zum Angriff auf Mariupol (24.1.2015)

Spot report by the OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine (SMM)  
MARIUPOL 24 January 2015

At approximately 09:15hrs on 24 January, the SMM in government-controlled Mariupol heard at its location incoming massed Multi-Launch Rocket System (MLRS) attacks from a north-east direction, consisting of an extremely heavy barrage lasting 35 seconds. Twenty minutes later the SMM received information from the Joint Centre for Control and Co-ordination (JCCC) in Mariupol and other sources, that shelling had occurred in the area of Olimpiiska

Street, in Ordzhonikidzevskiy district, 8.5 km north-east of Mariupol city centre, approximately 400 metres from a Ukrainian Armed Forces checkpoint.

At 10:20hrs the SMM went to Olimpiiska Street and saw seven adult civilians dead. The SMM observed in an area of 1.6 km by 1.1 km, including an open market, multiple impacts on buildings, retail shops, homes and a school. The SMM observed cars on fire and windows facing the north-eastern side of a nine-storey building shattered. The SMM was able to count 19 rocket strikes and is certain there are more. Four hospitals and the emergency service in the city informed the SMM that at least 20 people died and 75 people were injured and hospitalized. Ten of the wounded were in a critical condition, according to a hospital representative.

The SMM conducted a crater analysis and its initial assessment showed that the impacts were caused by Grad and Uragan rockets. According to the impact analysis, the Grad rockets originated from a north-easterly direction, in the area of Oktyabr (19 km north-east of Olimpiiska Street), and the Uragan rockets from an easterly direction, in the area of Zaichenko (15 km east of Olimpiiska Street), both controlled by the "Donetsk People's Republic" ("DPR").

At 13:02hrs and 13:21hrs the SMM heard again incoming MLRS salvos lasting for eight seconds, from an easterly direction. At a distance of 300 metres the SMM saw smoke above the Ukrainian Armed Forces' checkpoint number 14 (8.9 km north-east of Mariupol city centre), just several hundred metres away from where the shelling had hit in Olimpiiska Street.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/136061>>

## **Stellungnahme der Trilateralen Kontaktgruppe, die die Minsker Friedensverhandlungen koordiniert (24.1.2015)**

### **Statement by the Trilateral Contact Group KYIV 24 January 2015**

The Trilateral Contact Group (TCG), consisting of senior representatives of Ukraine, the Russian Federation and the OSCE Chairperson-in-Office, convened an urgent meeting in Kyiv on 24 January 2015.

The TCG discussed the rising tension in eastern Ukraine and condemned the intensification of violence there, especially in the vicinity of the city of Mariupol, which has already caused numerous casualties among civilian population. Such violence constitutes a clear violation of the letter and spirit of the Minsk Protocol and the Minsk Memorandum of 5 and 19 September respectively.

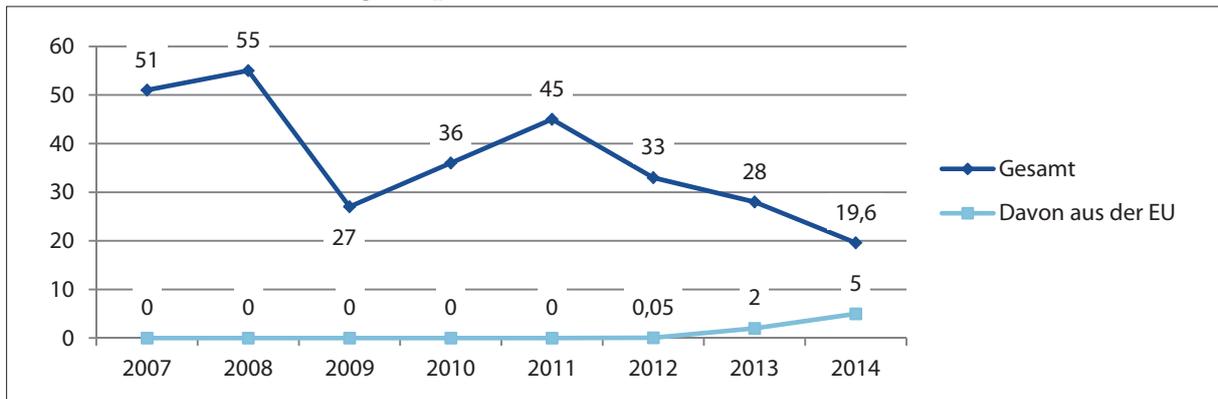
The TCG urges that the ongoing hostilities in eastern Ukraine should be stopped immediately and all signatories of the Minsk documents meet for direct talks as soon as possible, at the latest by the beginning of next week.

The TCG stands ready for such a meeting with all signatories of the Minsk documents at any time.

Quelle: Website der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, <<http://www.osce.org/cio/136036>>

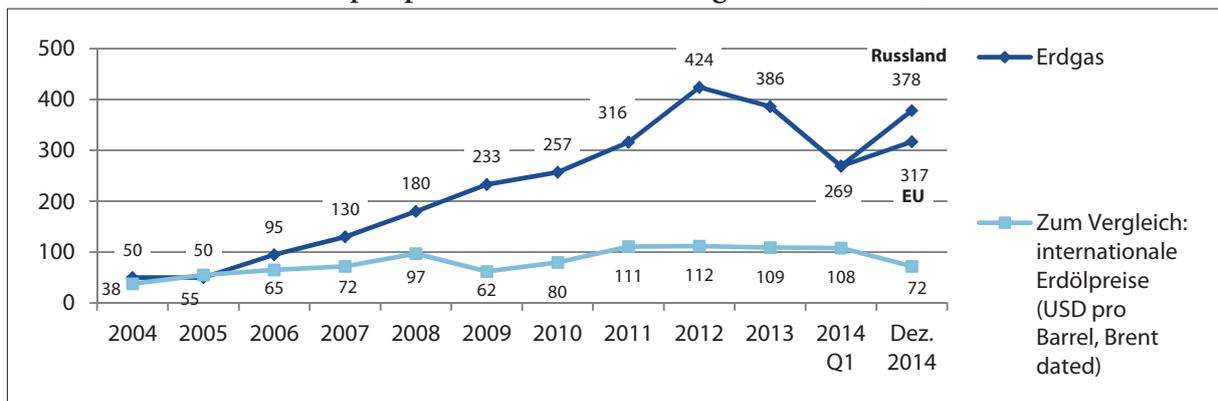
## Erdgasimporte und Erdgasverbrauch

Grafik 1: Ukrainische Erdgasimporte 2007–2014 (in Mrd. m<sup>3</sup>)

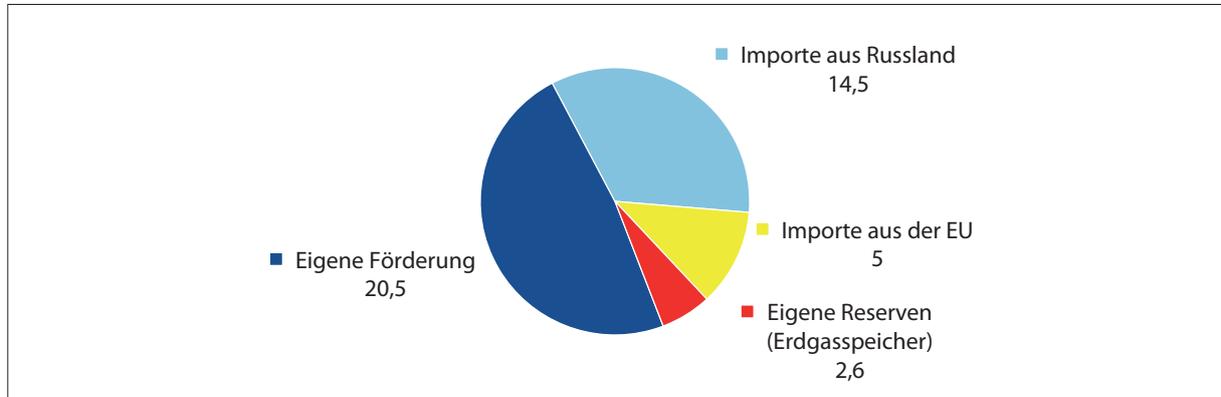


Quelle: Simon Pirani u. a.: *What the Ukraine gas crisis means for gas markets*, Oxford Energy Comment March 2014, <<http://www.oxfordenergy.org/2014/03/what-the-ukrainian-crisis-means-for-gas-markets/>>; FSU Oil & Gas Monitor 7.1.2015, <[www.newsbase.com](http://www.newsbase.com)>

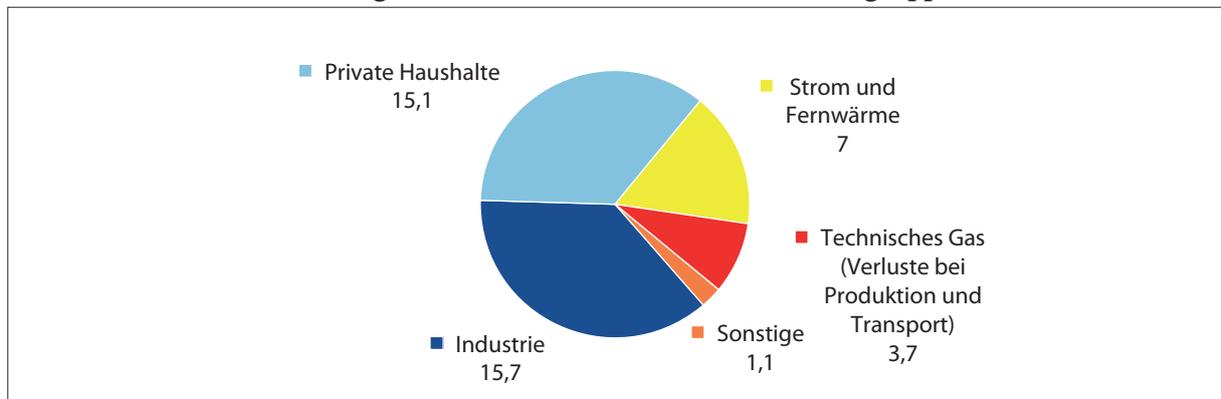
Grafik 2: Ukrainische Importpreise für russisches Erdgas 2004–2014 (US\$/Tsd. m<sup>3</sup>)



Quellen: Simon Pirani u. a.: *What the Ukraine gas crisis means for gas markets*, Oxford Energy Comment March 2014, <<http://www.oxfordenergy.org/2014/03/what-the-ukrainian-crisis-means-for-gas-markets/>>; BP Statistical Review of World Energy 2013 Workbook, <[http://www.bp.com/content/dam/bp/excel/Statistical-Review/statistical\\_review\\_of\\_world\\_energy\\_2013\\_workbook.xlsx](http://www.bp.com/content/dam/bp/excel/Statistical-Review/statistical_review_of_world_energy_2013_workbook.xlsx)>; Ukraine-Analyse Nr. 50 (2009), <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen50.pdf>>; FSU Oil & Gas Monitor 7.1.2015, <[www.newsbase.com](http://www.newsbase.com)>

**Grafik 3: Ukrainischer Erdgasverbrauch 2014 nach Bezugsquellen (in Mrd. m<sup>3</sup>)**

Quelle: Naftobaz Ukrainy, zitiert nach: <<http://interfax.com.ua/news/economic/244803.html>>

**Grafik 4: Ukrainischer Erdgasverbrauch 2014 nach Konsumentengruppen (in Mrd. m<sup>3</sup>)**

Quelle: Naftobaz Ukrainy, zitiert nach: <<http://interfax.com.ua/news/economic/244789.html>>

## Störfälle im Atomkraftwerk Saporishshja

Ende November und Ende Dezember 2014 kam es im Atomkraftwerk Saporishshja zu zwei Störfällen. Wir dokumentieren im Folgenden zu jedem Störfall ein Originaldokument. Die Dokumentation zum ersten Störfall stammt von der Internationalen Atomenergiebehörde (IEAE), die eine weltweite Liste von Störfällen führt, die auf Berichten der zuständigen Behörden der jeweiligen Ländern basiert. Für die Bewertung der Schwere von Störfällen wurde die INES-Skala entwickelt, die von 0 (nicht relevant) bis 7 (schwerster Unfall) reicht. Störfälle mit einem Wert von 1 oder größer wurden in der Ukraine 2014 nicht gemeldet. Der zweite Störfall wurde von der IEAE nicht erfasst. Wir dokumentieren ihn deshalb mit einem kurzen Bericht der internationalen Beobachtermission der OSZE in der Ukraine.

*Die Redaktion der Ukraine-Analysen*

### Event during operation of Zaporizhzhya NPP Unit No. 3

Posted on: 03 December 2014

Event Date: 28 November 2014      Event Type: Power Reactor  
Event Location: Ukraine, ZAPOROZHYYE-3      INES Rating: 0 (Provisional)

On 28 of November 2014 at 19:24 the disconnection of the Unit No. 3 of Zaporizhzhya NPP from power grid occurred. According to the preliminary information the cause of the occurrence was the failure of electrical equipment in the turbine hall.

As of 3rd December 2014 the reactor facility remains in the “cold” shutdown.

According to the preliminary evaluation this situation is qualified according to INES scale—“0-deviation (No Safety Significance)”.

There were no negative observations in the work of technological protection, blocking, I&C and equipment.

Special investigation commission was established.

Radiation situation at the site of Zaporizhzhya NPP remains within limits of normal operation, physical protection systems operate in normal mode.

General information:

As of 3 of December 2014 all 15 power units of Ukrainian NPP are in the design mode. 12 power units are in operation. Unit No. 1 of Zaporizhzhya NPP is under the maintenance from 08.09.2014 till 30.12.2014, Unit No. 1 of Khmelnytsky NPP is under the maintenance from 01.11.2014 till 15.12.2014, Unit No. 3 of Zaporizhzhya NPP is under the maintenance from 28.11.2014 till 05.12.2014.

[...]

Contact Person for Further Information

Nataliya Bizhko

*State Nuclear Regulatory Inspectorate of Ukraine*

*Quelle: News—The Information Channel on Nuclear and Radiological Events, hosted by the International Atomic Energy Agency, <<http://www-news.iaea.org/ErfView.aspx?mId=b867cdd5-9aba-483e-a394-e7b3425dd196>>*

## PRESS RELEASE

### Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 18:00 (Kyiv time), 29 December 2014

[...]

On 29 December the SMM contacted the press office of the Zaporizhzhia Nuclear Power Plant (NPP) at Enerhodar (205km south-west of Dnipropetrovsk) to follow up on media reports of an incident at the plant. According to the press officer on 28 December at 22.35hrs Unit No.6 of the plant was reconnected to the network after a temporary disconnection. The disconnection of the unit was caused by the automatic activation of the protection system following a technical failure. All six units are currently operating again. The press officer informed the SMM that the background radiation measures 8–12 micro roentgens per hour, which, according to the interlocutor, corresponds to the standard radiation level.

*Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/133156>>*

## 8. Dezember 2014 – 25. Januar 2015

08.12.2014	Parlamentssprecher Wolodymyr Hrojsman bestätigt die neu gebildeten Ausschüsse des Parlaments. Er geht dabei nicht auf die Forderungen u. a. des ehemaligen Innenministers Jurij Luzenko ein, keine Abgeordneten als Ausschussvorsitzende zuzulassen, die am 16. Januar 2014 für die Verschärfung von Demonstrationsrechten gestimmt hatten. Wadim Rabinowitsch, ehemaliger Abgeordneter der Partei der Regionen und jetziges Mitglied der Oppositionsblocks, hatte für die so genannten »diktatorischen Gesetze« gestimmt. Er leitet nun einen Ausschuss – das Komitee für Menschenrechte.
08.12.2014	Das Finanzministerium präsentiert einen Vorschlag zur Kürzung der Staatsausgaben. Alle Ministerien sollen Vorschläge zur Reduktion ihrer Ausgaben um 25 % für 2015 einreichen.
09.12.2014	Auf Anweisung des Präsidenten Petro Poroschenko treten alle Einheiten der »Anti-Terror-Operation« in einen Waffenstillstand ein.
09.12.2014	Der Energiekonzern Ukrtransgas lässt vermelden, dass Russland wieder Gas an die Ukraine liefere.
09.12.2014	Die Fraktion der Radikalen Partei Oleh Ljaschkos blockiert das Parlament und fordert, diejenigen Abgeordneten aus Führungspositionen von Parlamentsausschüssen zu entfernen, die am 16. Januar 2014 für die Verschärfung des Demonstrationsrechts abgestimmt hatten.
09.12.2014	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk kündigt eine Reform des Sozialsystems an. Unter anderem sollen Sozialleistungen monetarisiert werden.
10.12.2014	Die Kontaktgruppe aus der Ukraine und Russland unter Vermittlung der OSZE vermeldet, dass Vertreter der »Volksrepubliken« im Osten der Ukraine sich nicht bereit zeigen, die Gespräche über einen Waffenstillstand fortzusetzen.
10.12.2014	Der Internationale Währungsfonds erklärt, die Ukraine brauche weitere 15 Milliarden US-Dollar, um den Staatsbankrott abzuwenden. Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk kündigt an, eine internationale Geberkonferenz einzuberufen.
10.12.2014	Die Regierung schätzt, dass das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 7 % im Vergleich zum Vorjahr gefallen sei.
10.12.2014	In Muratove im Gebiet Luhansk werden nach OSZE-Informationen zwei ukrainische Soldaten von Scharfschützen getötet.
11.12.2014	Denis Puschilin, einer der Anführer der »Volksrepublik Donezk«, erklärt, man ziehe die schwere Artillerie von der Frontlinie ab.
11.12.2014	Das Parlament entlässt Abgeordnete, die am 16. Januar 2014 für die Verschärfung des Demonstrationsrechts gestimmt hatten, aus parlamentarischen Führungspositionen.
11.12.2014	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk kündigt an, das Rentenalter auf 65 Jahre anzuheben. Es liegt bisher für Frauen bei 55 Jahren, für Männer bei 60 Jahren.
11.12.2014	Der Separatistenführer Denis Puschilin erklärt, bei einem für den 12. Dezember in Minsk geplanten Treffen nicht erscheinen zu wollen, da die ukrainische Führung eine Videokonferenz abgesagt habe, bei der die Konditionen des Treffens vereinbart werden sollten.
12.12.2014	Der Nationale Sicherheitsrat erklärt, dass der vereinbarte Waffenstillstand weiter eingehalten werde. Sprecher Andrij Lysenko weist darauf hin, dass in den vergangenen 24 Stunden kein Einsatz schwerer Artillerie verzeichnet worden sei.
12.12.2014	Oleksandr Kichtenko, Gouverneur des Gebietes Donezk, weist die Polizei an, Regelverstöße von Soldaten strenger zu ahnden.
13.12.2014	Laut einem neuen UN-Bericht übersteigt die Zahl der Flüchtlinge vor den Kriegshandlungen im Donbass mittlerweile eine Million. Über 500.000 Menschen sind ins Ausland geflohen, die Mehrheit davon nach Russland.
13.12.2014	Der Nationale Sicherheitsrat vermeldet, dass in den vergangenen 24 Stunden keine Soldaten der ukrainischen Armee getötet worden seien.
14.12.2014	Beide Kammern des US-Kongresses stimmen für ein Gesetz, das Waffenlieferungen und Unterstützung von Zivilgesellschaft und Medien in der Ukraine vereinfachen und ausbauen soll und außerdem die Sanktionen gegen Russland verschärft.
14.12.2014	Obwohl im Donbass wieder stellenweise »Grad«-Raketen eingesetzt werden, bezeichnet der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates die Situation als »kontrollierbar«. Der Waffenstillstand wird offiziell aufrechterhalten.

15.12.2014	Die ukrainische Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko tritt nach Auskunft ihres Anwalts Mark Feygin in einen Hungerstreik ein. Sie ist zurzeit in Russland inhaftiert. Ihr wird die Vorbereitung tödlicher Anschläge auf zwei russische Journalisten sowie die illegale Überquerung der Grenze vorgeworfen. Mit dem Hungerstreik protestiere sie dagegen, dass sie nicht ausreichend medizinisch versorgt werde.
15.12.2014	Im von ukrainischen Truppen kontrollierten Debalzewe schlagen Grad-Raketen ein. Russische und ukrainische Mitglieder der OSZE-Beobachtermision bestätigen, dass die Raketen vom Territorium kommen, das sich unter der Kontrolle der »Volksrepublik Luhansk« befindet. Die regulären Einheiten hätten jedoch die schweren Waffen aus dem Gebiet abgezogen. Die Beobachter vermuten einen Angriff unabhängiger Gruppierungen.
15.12.2014	Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, Russland trete dafür ein, dass die umkämpfte Region Donbass Bestandteil der Ukraine bleibe. Es müsse dafür eine Verfassungsreform durchgeführt werden, in der die östlichen und südlichen Regionen der Ukraine größere finanzielle Unabhängigkeit erhalten. Lawrow spricht sich dagegen aus, in den betreffenden Regionen ukrainische Feiertage wie die Geburtstage der ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera und Roman Schuchewitsch zu begehen.
16.12.2014	Präsident Petro Poroschenko ernennt den ehemaligen Parlamentssprecher und Übergangspräsidenten Oleksandr Turtschinow zum Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates der Ukraine.
17.12.2014	Boris Loschkin, Chef der Präsidentialadministration, erklärt, dass die im Donbass kämpfenden Freiwilligenbataillone als reguläre Einheiten in die ukrainische Armee eingegliedert werden sollen. In Zukunft solle es keine von Oligarchen finanzierten Privatarmeen geben. Dies sei auch die Position des Präsidenten.
17.12.2014	Das russische Außenministerium kritisiert in einer Stellungnahme den achten Bericht der Vereinten Nationen zur Situation im Donbass. Dort werde der Bruch des Minsker Abkommens ausschließlich den Kämpfern der selbsternannten »Volksrepubliken« angelastet. Die Stellungnahme wirft der ukrainischen Armee vor, unter anderem am 5. und am 14. November eine Schule in Donezk bzw. ein Wohnhaus in Horliwka beschossen und Opfer unter der Zivilbevölkerung verursacht zu haben.
18.12.2014	Präsident Petro Poroschenko kündigt die Schaffung einer Kommission an, die mögliche Verfassungsänderungen ausarbeiten soll. Wichtigster Bestandteil der Änderungen sei Dezentralisierung.
18.12.2014	Die EU verabschiedet neue Sanktion gegen die Krim. Nach Inkrafttreten am 20. Dezember 2014 ist es Europäern und europäischen Unternehmen verboten, auf der Krim zu investieren. Tourismusunternehmen können außerdem keine Leistungen auf der Krim mehr anbieten.
18.12.2014	Präsident Petro Poroschenko bringt einen Gesetzesvorschlag zur Abschaffung des blockfreien Status der Ukraine ins Parlament ein.
19.12.2014	Der neu ernannte Sekretär des National Sicherheitsrates Oleksandr Turtschinow erklärt in einem Interview, dass die Separatisten im Osten des Landes militärisch geschlagen werden müssten. Diplomatie sei gegenüber Russland ineffektiv. Turtschinow fordert außerdem, die Medienlandschaft der Ukraine von solchen Medien zu befreien, die gegen ihr Land arbeiten.
19.12.2014	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, die Regierung erlaube es den ukrainischen Energieunternehmen ab sofort, selbstständig Energie aus dem Ausland zu importieren. Aufgrund einer nicht ausreichenden Versorgung mit Elektrizität wird Unternehmen seit einigen Wochen periodisch der Strom abgestellt.
20.12.2014	Bei Horliwka im Gebiet Donezk brechen erneut Kämpfe aus. Ein Kind kommt dabei ums Leben.
20.12.2014	Oleksandr Turtschinow, Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, kündigt an, dass im Jahr 2015 die Verteidigungsausgaben auf 5 % des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden.
20.12.2014	US-Präsident Barack Obama ordnet ein Handelsembargo für die von Russland annektierte Halbinsel Krim an. Amerikanische Unternehmen dürfen keine auf der Krim produzierten Waren importieren und keine Güter auf die Halbinsel exportieren.
21.12.2014	Der russische Ministerpräsident Dmitrij Medwedew ordnet die Gründung einer Regierungskommission zur humanitären Unterstützung des Donbass an.
21.12.2014	Die OSZE-Beobachtermision berichtet von 41 nicht verifizierten Verstößen gegen das Waffenstillstandsabkommen am 20. Dezember (darunter 24 von schwerer Artillerie) und 25 Verstößen am 21. Dezember (12 durch schwere Artillerie).

22.12.2014	In Moskau beginnt der Prozess gegen die ukrainische Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko. Die Richterin lehnt ihr Gesuch auf Entlassung aus der Untersuchungshaft ab. Sawtschenko erklärt daraufhin, ihren Hungerstreik fortsetzen zu wollen. Ihr wird vorgeworfen, illegal nach Russland eingereist und tödliche Angriffe auf zwei russische Journalisten koordiniert zu haben. Nach eigener Aussage wurde sie auf ukrainischem Territorium entführt und nach Russland verschleppt.
22.12.2014	Präsident Petro Poroschenko erklärt, dass er sich mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem französischen Präsidenten Francois Hollande und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin darauf geeinigt habe, die Gespräche der trilateralen Kontaktgruppe über eine Lösung des Konflikts in der Ostukraine am 24. und 26. Dezember 2014 in Minsk fortzusetzen.
22.12.2014	Russland und die Ukraine unterzeichnen einen Vertrag, der die Versorgung der Halbinsel Krim mit Elektrizität über ukrainisches Territorium vorsieht.
23.12.2014	Das Verteidigungsministerium ordnet die Mobilisierung von etwa 50.000 Soldaten an, die am 20. Januar 2015 eingezogen werden und nach einer Trainingsphase von 25 Tagen im Donbass eingesetzt werden sollen.
23.12.2014	303 von 450 Abgeordneten stimmen für die Aufgabe des blockfreien Status der Ukraine. In der Begründung zum verabschiedeten Gesetz heißt es, dass es das Verhalten Russlands nötig mache, verlässlichere Sicherheitsgarantien anzustreben.
24.12.2014	Die trilaterale Kontaktgruppe bestehend aus Repräsentanten der Ukraine, Russlands und der Separatisten tagt unter der Vermittlung der OSZE in Minsk. Ein weiteres Treffen ist für den 26. Dezember geplant. Bisher äußert sich keine der Parteien zu Ergebnissen.
24.12.2014	Etwa 2500 Menschen demonstrieren vor dem Gebäude der Regionalverwaltung in Luhansk, wobei Flaggen der »Volksrepublik Luhansk« gezeigt werden. Protestierende kritisieren die »Blockade« der »Volksrepublik Luhansk« durch die offiziellen Verwaltungsstrukturen.
25.12.2014	In zweiter Lesung verabschiedet das Parlament ein Gesetz, das die Kompetenzen des Nationalen Sicherheitsrates ausweitet. Für Fälle der Bedrohung der territorialen Integrität der Ukraine erhält der Sicherheitsrat neue Entscheidungsrechte zur Definition von Bedrohungen, der Ausrufung des Kriegszustands und der Mobilisierung von Streitkräften. Er kontrolliert zudem in größerem Umfang als bisher die Sicherheitsorgane. Vorsitzender des Rates ist der Präsident der Ukraine, sein Sekretär der ehemalige Parlamentssprecher und Übergangspräsident Oleksandr Turtschinow. Abgeordnete mehrerer Fraktionen äußern sich ablehnend zum Gesetz.
25.12.2014	Hennadyj Afanasjew, ein in Russland inhaftierter Kollege des ebenfalls inhaftierten ukrainischen Regisseurs Oleh Senzow, wird zu sieben Jahren Haft verurteilt. Ihm wird vorgeworfen, in einer Gruppe, der auch Senzow angehörte, Terroranschläge auf russische Staatsorgane geplant zu haben.
25.12.2014	Oleksandr Sachartschenko, Separatistenführer der »Volksrepublik Donezk« und Ihor Plotnizkyj von der »Volksrepublik Luhansk« erklären, bei den Verhandlungen der trilateralen Kontaktgruppe in Minsk sei ein Gefangenenaustausch vereinbart worden.
26.12.2014	Eine belarussische Nachrichtenagentur vermeldet, dass das für heute geplante Treffen der Kontaktgruppe bestehend aus Repräsentanten der Ukraine, Russlands und der Separatisten im Donbass nicht stattfinden werde.
26.12.2014	Zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage unterbricht die Ukraine die komplette Stromversorgung der Halbinsel Krim für mehrere Stunden. Präsident Petro Poroschenko erklärt später, dies habe keine politischen Gründe sondern sei im Rahmen der routinemäßigen Stromsparmaßnahmen geschehen.
26.12.2014	Die ukrainische Armee und die Separatisten tauschen Gefangene aus. Dies war am 24.12. beim Treffen der trilateralen Kontaktgruppe in Minsk vereinbart worden. 150 ukrainische Soldaten und 222 Kämpfer der Separatisten wechseln die Seiten.
26.12.2014	Die beiden weltgrößten Kreditkartengesellschaften Visa und MasterCard kündigen an, ihre Dienste künftig russischen Banken auf der Krim nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Die USA hatten zuvor entsprechende Sanktionen erlassen.
27.12.2014	Der parlamentarische Ausschuss zur Korruptionsbekämpfung beklagt, dass zwölf von der Regierung eingebrachte Gesetzesprojekte in der vorliegenden Form korruptionsanfällig seien.
27.12.2014	Laut einer Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie sind etwa 81 % der Ukrainer der Meinung, der Donbass solle auch weiterhin zur Ukraine gehören. Auf die Frage »würde es der Ukraine ohne den Donbass besser gehen?« antworteten 54 % mit starker, 27 % mit moderater Ablehnung. Für den Donbass sind die Zahlen 52 % bzw. 21 %.

28.12.2014	Das Parlament führt vorübergehend einen zusätzlichen Einfuhrzoll in Höhe von 5 bzw. 10 % des Warenwerts ein. Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, die Einfuhrabgabe sei in Einklang mit allen geltenden Handelsverträgen und solle nur für ein Jahr gelten.
29.12.2014	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz zur fiskalischen Dezentralisierung. Es sieht vor, größere Anteile verschiedener Steuern den Regionen zur direkten Verfügung zu überlassen.
29.12.2014	Per Gesetz kürzt das Parlament verschiedene Sozialausgaben, darunter Ansprüche für pensionierte Abgeordnete und Richter. Einige Ausgaben im Bildungssektor werden auf untere Verwaltungsebenen verlagert. Zudem sollen die Löhne im öffentlichen Sektor fortan höchstens das Siebenfache des Mindestlohns betragen.
29.12.2014	Das Parlament verabschiedet in einer nächtlichen Sitzung den Haushalt des Jahres 2015. Das Gesetz soll im Februar 2015 überprüft und aktualisiert werden.
29.12.2014	Der Vorsitzende der analytischen Abteilung der ukrainischen Helsinki-Gruppe erklärt, dass sich noch immer 800 bis 900 Menschen, vorwiegend Zivilisten, in Gefangenschaft der Separatisten im Osten des Landes befinden.
29.12.2014	Präsident Petro Poroschenko unterzeichnet das Gesetz zur Aufhebung der Blockfreiheit der Ukraine und erklärt, dass in fünf bis sechs Jahren ein Referendum zur NATO-Mitgliedschaft der Ukraine abgehalten werden solle.
29.12.2014	In Pisky im Gebiet Donezk werden zwei ukrainische Soldaten bei einem Angriff auf einen Checkpoint getötet.
30.12.2014	Der russische Energieminister Aleksandr Nowak erklärt, Russland und die Ukraine hätten vertraglich den Export von Strom aus Russland in die Ukraine vereinbart. Der Vertrag zwischen den Unternehmen Inter RAO und Ukrinterenergo trete heute in Kraft.
31.12.2014	Energieminister Wolodymyr Demtschyschyn schließt aus, dass in Zukunft wegen Sparmaßnahmen der Strom abgestellt wird. Solche Maßnahmen waren wegen der anhaltenden Energiekrise in den vergangenen Wochen angeordnet worden.
31.12.2014	Der Energiekonzern Naftohaz überweist dem russischen Energiekonzern Gazprom 150 Millionen Dollar als Vorauszahlung für Gaslieferungen im Januar 2015.
31.12.2014	In der Region um den Flughafen von Donezk halten OSZE-Beobachter fünf Verletzungen des Waffenstillstands durch ukrainische Kräfte und weitere 15 durch separatistische Truppen fest.
01.01.2015	In seiner Neujahrsprache nennt Präsident Petro Poroschenko das Jahr 2014 das schwerste seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Das kommende Jahr werde nicht leicht, aber es werde das Jahr tiefgreifender Reformen, die der Ukraine den Weg in die EU öffnen würden.
01.01.2015	In der Region Luhansk kommt ein Zivilist bei Gefechten ums Leben.
01.01.2015	Am heutigen Geburtstag des ukrainischen Nationalisten und Anführers der Ukrainischen Aufständischen Armee im Zweiten Weltkrieg Stepan Bandera, der mit einem Fackelmarsch in Kiew begangen wird, fordert der Vorsitzende der rechtsradikalen Partei Freiheit, Oleh Tjahnybok, dass Bandera der Titel »Held der Ukraine« erneut zuerkannt werde.
02.01.2015	Im von Separatisten kontrollierten Perwomajsk im Gebiet Luhansk werden Raketeneinschläge registriert.
03.01.2015	Die OSZE kündigt an, die Anzahl der Beobachter, die die Organisation im Konflikt um den Donbass einsetzt, von derzeit 361 auf 500 aufzustocken.
04.01.2015	In Odessa kommt es in einer Wohnung, in der ein Zentrum freiwilliger Unterstützung der ukrainischen Armee untergebracht ist, zu einer Explosion. Es wird niemand verletzt. In Odessa sind in den vergangenen Wochen immer wieder solche Explosionen vorgekommen. Die ukrainischen Behörden behandeln den Vorfall als Terroranschlag.
04.01.2015	Die OSZE teilt mit, dass es insbesondere um den Flughafen von Donezk erneut zu Feuergefechten kommt. Ein ukrainischer Soldat kommt ums Leben. In Horliwka im Gebiet Donezk werden laut dem Bericht drei Zivilisten getötet.
05.01.2015	Nach Auskünften der Nachrichtenagentur UNIAN sieht das Haushaltsgesetz für 2015 die Anhebung der Gaspreise für die Endverbraucher bereits im ersten Quartal des Jahres vor.
05.01.2015	In den Gebieten Donezk und Luhansk kommt bei Kampfhandlungen je ein Zivilist ums Leben.
06.01.2015	Die Vereinten Nationen veröffentlichen neue Opferzahlen des Konflikts im Donbass. Seit April 2014 seien über 4700 Menschen getötet, mehr als 10.000 verletzt worden.
06.01.2015	In Berlin treffen sich hochrangige Diplomaten Russlands, Frankreichs, Deutschlands und der Ukraine zu einem Gespräch. Es wird anschließend vermeldet, das treffen sei konstruktiv gewesen. Konkrete Ergebnisse werden nicht genannt.

06.01.2015	Die ukrainische Statistikbehörde erklärt, im Jahr 2014 habe die Inflation durchschnittlich bei 24,9 % gelegen.
07.01.2015	Die Bundesregierung gewährt der Ukraine einen Kredit in Höhe von 500 Millionen Euro zum Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur im Osten des Landes.
07.01.2015	Von den 42 Verstößen gegen das Waffenstillstandsabkommen am Flughafen von Donezk werden nach Angaben der OSZE Beobachtermission 23 den Separatisten angelastet, 19 den ukrainischen Truppen.
08.01.2015	Nachdem sich vor drei Tagen die Europäische Kommission und die Ukraine wegen der Einführung eines neuen Importzolls in der Ukraine zu einer außerordentlichen Verhandlung getroffen hatten, unterstützt ein Sprecher der EU-Kommission das Vorgehen der Ukraine, weist jedoch darauf hin, dass die neuen Zölle den WTO-Verträge entsprechen müssten. Die bevorzugten Handelskonditionen könnten zunächst beibehalten werden.
08.01.2015	Nach Auskünften der russischen Nachrichtenagentur RIA-Novosti schlägt die politische Führung der »Volksrepublik Luhansk« einen weiteren Gefangenenaustausch vor.
09.01.2015	Das Energieministerium lässt vermelden, dass die Ukraine im Januar 620.000 Tonnen Kohle aus Russland importieren werde.
09.01.2015	Die in Russland in Untersuchungshaft befindliche ukrainische Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko befindet sich laut ihrem Anwalt Mark Feygin mittlerweile seit vier Wochen im Hungerstreik. Sie sei in Einzelhaft verlegt worden.
09.01.2015	Die Kontaktgruppe aus Vertretern der Ukraine, Russlands und der Separatisten bespricht bei einer Videokonferenz Konditionen zur Einhaltung des Waffenstillstands, die Fortsetzung des Gefangenenaustauschs und die Gewährleistung humanitärer Hilfe.
09.01.2015	Die Kämpfe im Gebiet Donezk intensivieren sich, wie die OSZE Beobachtermission berichtet. Insgesamt 91 Verstöße gegen das Waffenstillstandsabkommen werden registriert, zwölf davon durch Grad-Raketen. Vier ukrainische Soldaten und zwei Kämpfer der »Volksrepublik Donezk« kommen ums Leben, sechs Zivilisten werden verletzt.
10.01.2015	Ungarn nimmt den Export von Erdgas in die Ukraine wieder auf. Im September hatte Ungarn den Transport unterbrochen.
10.01.2015	Die OSZE erklärt, die Situation im Donbass verschlimmere sich erneut. Für die vergangenen 24 Stunden berichtet ihre Beobachtermission von 91 Verletzungen des Waffenstillstands, 50 davon am Flughafen von Donezk. Vier ukrainische Soldaten und vier separatistische Kämpfer seien umgekommen.
11.01.2015	Darja Morosowa, Beauftragte für Menschenrechte der »Volksrepublik Donezk«, erklärt, dass auf dem von Separatisten kontrollierten Gebiet über 2000 Menschen, davon 35 Kinder ums Leben gekommen seien. Auf dem Gebiet der »Volksrepublik Donezk« seien 4500 Wohngebäude und etwa 100 Schulen zerstört worden.
11.01.2015	Die OSZE registriert 111 Verletzungen des Waffenstillstands im Gebiet Donezk, insbesondere um den Flughafen Luhansk.
11.01.2015	Im von Separatisten kontrollierten Makiivka im Gebiet Luhansk kommt beim Beschuss durch Granaten ein Zivilist ums Leben.
12.01.2015	Interpol schreibt den ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch, den ehemaligen Innenminister Mykolaj Asarow und Janukowytschs Sohn Oleksandr offiziell zur internationalen Fahndung aus.
12.01.2015	Präsident Petro Poroschenko verabschiedet per Erlass seine »Strategie 2020«, in der er Ziele und Pläne zur Implementation von Reformen vorschlägt. Unter anderem solle das Geschäftsklima und der Lebensstandard in der Ukraine erheblich verbessert werden.
12.01.2015	Der Vorsitzende des Innenausschusses des Europäischen Parlaments Elmar Brok (CDU) erklärt, dass das geplante Treffen zwischen Diplomaten aus Frankreich, Deutschland, der Ukraine und Russland um einige Wochen verschoben würde. Es hatte am 15. Januar im kasachischen Astana stattfinden sollen.
13.01.2015	Die russische Nachrichtenagentur Interfax zitiert den Vertreter der »Volksrepublik Luhansk« bei den Gesprächen in Minsk mit der Forderung, Kiew solle die beiden selbsternannten »Volksrepubliken« zunächst anerkennen, bevor über einen offiziellen Sonderstatus verhandelt werden könne. Die Aussage ist eine Reaktion auf den vor wenigen Tagen von Präsident Petro Poroschenko geäußerten Vorschlag, den beiden Gebieten Donezk und Luhansk einen fiskalischen und politischen Sonderstatus einzuräumen.
13.01.2015	Bei Wolnowacha im Gebiet Donezk wird ein Bus von einer Granate getroffen, 13 Menschen kommen ums Leben. Während die ukrainische Seite die Separatisten beschuldigt, weist Separatistenführer Denis Puschilin ihre Beteiligung zurück und erklärt, ihre Waffen hätten nicht die entsprechende Reichweite.
14.01.2015	In Schtschastje, das unter der Kontrolle der Regierungstruppen steht, wird beim Einschlag von Grad-Raketen mindestens ein Zivilist getötet.

14.01.2015	Fünf von sechs Fraktionen im Europäischen Parlament lehnen es ab, die separatistischen Organisationen im Osten der Ukraine offiziell als terroristische Vereinigungen zu bezeichnen. Der Vorschlag war von den Europäischen Konservativen gekommen.
14.01.2015	Das Ministerkabinett beschließt die Einrichtung eines Informationsministeriums, dessen Hauptaufgabe der »Widerstand gegen die informationelle Aggression Russlands« sei. Das Ministeramt übernimmt Ihor Stez. Seitens ukrainischer Medien hatte es bereits heftigen Widerspruch gegen die Pläne gegeben, ein solches Ministerium zu gründen.
14.01.2015	Anlässlich eines Russlandbesuchs des neuen EU-Kommissars für die Energieunion Marosch Schewtschowitsch erklärt der Chef des russischen Energiekonzerns Gazprom, Aleksej Miller, dass Russland den Gastransit durch die Ukraine beenden und Gas künftig durch die Türkei nach Europa leiten wolle.
15.01.2015	Die Beobachtermission der OSZE erklärt, dass die Untersuchung des Beschusses eines öffentlichen Busses bei Wolnowacha am 13. Januar 2015 von einer gemeinsamen Kommission aus Vertretern der Ukraine, Russlands und der »Volksrepublik Donezk« durchgeführt werden soll.
15.01.2015	Das Parlament erhöht per Gesetz das Alter, bis zu dem Männer zum Wehrdienst eingezogen werden können, von 25 auf 27 Jahre. Zudem verlängert das Gesetz den regulären Wehrdienst von 12 auf 18 Monate.
16.01.2015	Die Vorsitzende der Nationalbank Waleria Gonatarewa erklärt, dass es unter ihrer Führung keinen fixen Wechselkurs mehr geben werde.
17.01.2015	Die OSZE registriert 98 Verletzungen des Waffenstillstands, 42 durch die ukrainische Armee und 56 durch Truppen der »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk. Die Kämpfe sind besonders intensiv um den Flughafen Donezk.
18.01.2015	Separatisten der »Volksrepublik Luhansk« erklären, dass sie mit der Luhansker Gebietsverwaltung einen Waffenstillstand für den 18. und 19. Januar 2015 vereinbart hätten.
18.01.2015	Russische Nachrichtenagenturen berichten von einem Brief des russischen Präsidenten Wladimir Putin an den Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, in dem der Abzug der schweren Artillerie von der in den Minsker Gesprächen vereinbarten Demarkationslinie vorgeschlagen wird. Russland wolle seinen Einfluss auf die Separatisten nutzen.
19.01.2015	In einer Erklärung ruft das ukrainische Außenministerium dazu auf, eine Vereinbarung über einen Waffenstillstand ab dem 19. Januar 2015 zu treffen. Die ukrainische Seite sei jederzeit bereit zu einem Treffen der trilateralen Kontaktgruppe zwischen der Ukraine, Russland und den Separatisten.
19.01.2015	Angesichts intensivierter Kämpfe insbesondere um den Flughafen Donezk ruft die OSZE die Konfliktparteien dazu auf, die Vereinbarungen von Minsk vom 5. September 2014 einzuhalten. Seit dem 1. Januar 2015 hat Serbien den OSZE-Vorsitz inne. Serbien hatte die Lösung des Konflikts in der Ostukraine zur Priorität seiner halb-jährigen Präsidentschaft erklärt.
19.01.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, die Ukraine und Polen hätten sich auf den Bau einer beide Länder verbindenden Gaspipeline geeinigt.
19.01.2015	Nach einer Explosion in Charkiw, bei der 14 Menschen verletzt werden, ermitteln die lokalen Behörden wegen Terrorismusverdacht. Die Ermittlungen werden vom Nationalen Sicherheitsrat koordiniert.
20.01.2015	Der Präsidentenerlass zur Mobilisierung tritt in Kraft. Die in der »Anti-Terror-Operation« eingesetzten Soldaten sollen im Laufe des Jahres abgelöst werden. Ein zuvor verabschiedetes Gesetz sieht vor, dass Soldaten freiwillig länger im Einsatz bleiben können.
20.01.2015	Der Chef des russischen Energiekonzerns Gazprom, Aleksej Miller, kündigt an, dass der Konzern ab dem 01. April 2015 keinen Rabatt mehr auf in die Ukraine transportiertes Gas geben werde. Die unter Vermittlung der EU ausgehandelte Übergangslösung für russische Erdgaslieferungen in die Ukraine war bis Ende März begrenzt worden.
20.01.2015	47 Abgeordnete des »Oppositionsblocks«, die zuvor der Fraktion der Partei der Regionen angehört hatten, klagen vor dem Verfassungsgericht gegen das »Lustrationsgesetz«. Das Gesetz schreibt die Überprüfung von Staatsbediensteten vor. Die Abgeordneten klagen gegen Artikel des Gesetzes, die bestimmten Beamten, die länger als ein Jahr unter Wiktor Janukowytsch gearbeitet haben, eine Sperrfrist für Ämter im Staatsdienst aufliegt.
20.01.2015	Die OSZE registriert 140 Verstöße gegen das Waffenstillstandsabkommen. Berichten zufolge sind ukrainische Truppen für 77 davon verantwortlich, Separatisten für 63.
20.01.2015	Der Geheimdienst SBU versetzt die Sicherheitsbehörden im ganzen Land wegen erhöhter Terrorismusbedrohung in Alarmbereitschaft.
21.01.2015	Die OSZE berichtet, dass das Zentrum der Stadt Debalzewo im Gebiet Donezk beschossen werde. Der Ort ist unter ukrainischer Kontrolle. Laut Bericht kommt das Feuer aus Horliwka, das von Separatisten kontrolliert wird. Drei Zivilisten kommen ums Leben.

21.01.2015	Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, Russland habe mit den Separatisten vereinbart, dass die schweren Waffen von der in den Minsker Verhandlungen festgelegten Demarkationslinie abgezogen werden.
21.01.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk und Präsident Petro Poroschenko erklären in kurzem Abstand mit Berufung auf Geheimdienstinformationen, dass hunderte russische Soldaten die Grenze zur Ukraine überquert hätten. Poroschenko erklärt beim Weltwirtschaftsforum in Davos, dass sich zurzeit etwa 9000 russische Soldaten in der Ukraine aufhalten würden. Der russische Außenminister Sergej Lawrow betont, dass es keine Beweise dafür gebe.
21.01.2015	In Berlin beginnt ein weiteres Treffen zwischen den Außenministern Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine.
22.01.2015	In Berlin einigen sich die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine, darauf zu dringen, die Minsker Vereinbarung zum Abzug schwerer Waffen umzusetzen.
22.01.2015	In Donezk wird ein öffentlicher Bus beschossen. Nach OSZE-Informationen kommen mindestens sieben Menschen ums Leben. Separatisten werfen Kiew vor, den Anschlag verübt zu haben. Denis Puschilin von der »Volksrepublik Donezk« erklärt, der Vorfall könnte die Umsetzung der auf dem diplomatischen Treffen erzielten Einigung erschweren. Der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin beschuldigt die Separatisten und erklärt, es handle sich um einen Terroranschlag.
23.01.2015	Oleksandr Sachartschenko, politischer Führer der »Volksrepublik Donezk«, erklärt, dass keine weiteren Versuche mehr unternommen würden, mit Kiew einen Waffenstillstand auszuhandeln.
24.01.2015	Wohngebiete in Mariupol werden mit Grad-Raketen beschossen. Mindestens 30 Menschen kommen ums Leben. Mariupol liegt im Teil des Gebiets Donezk, das von ukrainischen Truppen kontrolliert wird. Die OSZE erklärt nach einer Analyse der Einschlagstellen, der Angriff sei aus Richtung von Gebieten erfolgt, die von Separatisten kontrolliert werden. Vertreter der »Volksrepublik Donezk« erklären, sie verfügten in der Region nicht über entsprechende Waffensysteme und sprechen von einer Provokation Kiews. Präsident Petro Poroschenko ruft erneut dazu auf, die »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk international als terroristische Organisationen zu deklarieren.
25.01.2015	In einer landesweiten Schweigeminute wird der Opfer des Anschlags von Mariupol gedacht.
25.01.2015	In einem Telefonat mit US-Außenminister John Kerry beschuldigt der russische Außenminister Sergej Lawrow die ukrainische Seite, die Minsker Vereinbarungen nicht einzuhalten. Die ukrainische Armee führe Angriffe durch, denen auch Zivilisten zum Opfer fielen und komme ihrer Verpflichtung eines inklusiven Dialogs zur Reformierung der Verfassung nicht nach.
25.01.2015	Anlässlich der drastischen Verschärfung der Lage in der Ostukraine beruft die OSZE ein außerordentliches Treffen des ständigen Rates der Organisation ein.

*Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.*

*Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum*

*Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.*

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Heiko Pleines

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: [publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de](mailto:publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

## Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <[http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter\\_CAD\\_EN](http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN)>

### Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

### Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <[http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter\\_RAD\\_EN](http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN)>

### Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

### Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <[zentralasien-analysen@dgo-online.org](mailto:zentralasien-analysen@dgo-online.org)>

---

### Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <[http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus\\_ca.php](http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php)>

---

### Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>